



Magazin

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung – Landesverband Baden-Württemberg

Juli/August 2022

E 4508

Themen

- S. Albers und A. Vocilka zur Qualitätssicherung der Lehrkräftebildung im Sachunterricht
- VBE-Realschulumfrage
- Kommentar von Dirk Lederle
- Online-Austausch mit der Kultusministerin zur RS
- DKLK-Studie
- VBE-Grundschul-nachmittag
- Lederle spricht Klartext: Tempus fugit
- Beyer hilft weiter!
- Wenn einer, der ... Von Hartmut Esser und Julian Seuring
- Die unendliche Geschichte – Digitalisierung. Von Oliver Hintzen
- Aus den Referaten:
 - Fachlehrkräfte
 - Frauen
 - Schwerbehinderte und Gleichgestellte
 - Junger VBE
 - Realschule
 - Senioren

7/8



Erholsame Sommerferien wünscht Ihnen Ihr VBE Baden-Württemberg



61. Jahrgang 2022

Herausgeber:

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: <https://www.vbe-bw.de>

Vorsitzender:

Gerhard Brand
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
Telefon geschäftlich: 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: gerhard.brand@vbe-bw.de

Geschäftsführung:

Ines Walter
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Telefon 0711 / 2 29 31 46
Telefax 0711 / 22 93 14 79
E-Mail: vbe@vbe-bw.de
Internet: <https://www.vbe-bw.de>

Redaktion/Layout/Herstellung:

SPMedien, Susanne Preget
Hofberg 33, 71540 Murrhardt
E-Mail: vbe.magazin@vbe-bw.de

Anzeigenwerbung:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
Telefon 0 23 85 / 4 62 90-0
Telefax 0 23 85 / 4 62 90-90
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Mitgliederservice

Telefon 0711 / 2 29 31 46
E-Mail: vbe@vbe-bw.de

Rechnungsstelle:

Alexandra Vock
Kaiserstuhlring 58, 68239 Mannheim
E-Mail: alexandra.vock@vbe-bw.de

Druck:

Wilke Mediengruppe GmbH
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm
E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

Redaktionsschluss:

Magazin 9-2022: 19. August 2022
Magazin 10-2022: 9. September 2022
Das VBE-Magazin erscheint 10-mal jährlich (dabei zwei Doppelnummern). Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder bestellen über die Landesgeschäftsstelle, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart. Einzelheft 2,00 €, zuzüglich Versandgebühr, Jahresabonnement: 20,00 €. Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.

Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden. Gezeichnete Beiträge sind nicht unbedingt mit der Meinung des Verbandes identisch. Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder teilweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion, die gerne erteilt wird, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers, bei Zusendung eines Belegexemplares gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher bleibt vorbehalten.

Fotos: Titel: Singmuang; Seite 4: Franz Pfluegl; Nico ElNino; Seite 10: Insta_Fotos; Seite 16: Wolfiler; Seite 18: pathdoc; Seite 20: Katsyarina; Seite 25: zinkeych; Seite 26: Racle Fotodesign; Seite 38: MaFiFo; Seite 45: deenka studio; Seite 47: contrast-werkstatt; 2xSamara; Masson; Seite 48: Janina_PLD – alle AdobeStock
ISSN 0942-4628

Editorial

Schwere Zeiten

Ein düsteres Schuljahr liegt hinter uns und mit Blick auf das kommende Schuljahr stellt sich die Frage: „Warum brennt da immer noch kein Licht am Ende des Tunnels?“ Nun, neue Virusvarianten sind im Umlauf und verheißen nichts Gutes und die Ukraine Krise hält uns mit Flüchtlingszahlen in Atem, die jene aus 2015, dem Jahr der sogenannten Flüchtlingskrise, weit übertreffen.

Wir haben uns in den letzten Monaten oft gefragt, was wir abseits der üblichen Durchhalteparolen tun können. Da der VBE grundsätzlich lieber faktenbasiert als ideologisiert vorgeht, haben wir in diesem Schuljahr noch mal verstärkt Umfragen, Studien und andere Aktionen durchgeführt, um die diversen Problemfelder so präzise wie möglich erfassen zu können. Unsere Mitgliederumfrage etwa zu Lernen mit Rückenwind konnte empirisch aufzeigen, an welchen Stellschrauben das Ministerium nachjustieren sollte. Die Fortführung unserer gemeinsam mit dem Forschungsinstitut forsa entwickelten Längsschnittstudie zur Lage der Schulleitungen zeigte wiederum, dass die Arbeitsmotivation einen historischen Tiefpunkt erreicht hat und die Kolleginnen und Kollegen vor allem eines benötigen: mehr Zeit!

Wieder in Zusammenarbeit mit forsa folgte im Januar eine wissenschaftliche Untersuchung zum Thema Lehrkräftegesundheit. Es zeigte sich, dass die hohe Arbeitsbelastung kein Alarmsignal von uns Verbänden ist: An immer mehr Schulen fallen immer mehr Kolleginnen und Kollegen infolge von physischen und psychischen Erkrankungen langfristig aus. Ebenfalls im Januar haben wir, diesmal in Kooperation mit dem Bildungsforscher Prof. em. Dr. Klaus Klemm, eine Expertise zum bundesweiten Lehrkräftebedarf veröffentlicht. Diese deckte grobe Schwachstellen in den Berechnungen der KMK auf und zwang diese dazu, ihre Prognosen nach oben zu korrigieren.



Gerhard Brand

In diesem Magazin lesen Sie Beiträge zum Deutschen Kitaleitungskongress (DKLK) in Fellbach, zum VBE-Grundschulnachmittag in Fellbach und zu unserer Landespressekonzferenz zum Realschulkonzept. In allen drei Bereichen – Kindertagesstätte, Grundschule, Realschule – haben wir begleitende Umfragen durchgeführt, teils in Eigenregie, teils mit unseren Partnern von Fleet Education und der Hochschule Koblenz. In allen drei Umfragen berichtet die große Mehrheit der Befragten von außerordentlichen Belastungslagen, wobei jeweils spezifische Missstände zum Ausdruck kommen: In den Kitas ist die Personalisere inzwischen dermaßen heikel, dass es oft kaum noch möglich ist, die Aufsichtspflicht zu erfüllen. An den Grundschulen hat die Arbeitsbelastung ein solches Ausmaß angenommen, dass immer mehr Lehrkräfte in Teilzeit gehen, da das Vollzeitdeputat kaum noch zu leisten ist. Und an den Realschulen gibt es unterdessen massive Schwierigkeiten in den Bereichen der Orientierungsstufe, des G-Niveaus und des Hauptschulabschlusses.

Wir konnten konkrete Zahlen und Fakten vorweisen und sehr differenziert Problemlagen aufzeigen. Und wir haben in allen Bereichen Verbesserungsvorschläge eingebracht. Unsere Bitte geht an die politisch Verantwortlichen, sich der aufgezeigten Missstände anzunehmen. Wir bleiben dran!

Der VBE wünscht Ihnen eine erholsame unterrichtsfreie Zeit. Sie haben es sich redlich verdient.

Es grüßt Sie herzlichst

Ihr *Gerhard Brand*

Landesvorsitzender

Empfehlungen zur Qualitätssicherung der Lehrkräftebildung im Sachunterricht an den Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs

Die Landesfachschaft Sachunterricht ist ein Zusammenschluss der Lehrenden und Forschenden im Sachunterricht der sechs Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs. Mit Blick auf die Weiterentwicklung des Sachunterrichts als Disziplin, Studiengang und Grundschulfach positioniert sich die Landesfachschaft zur landesspezifischen Organisation des Sachunterrichts an den Hochschulen wie folgt:

1. Sachunterricht als eigenständige wissenschaftliche Disziplin und Fachdidaktik.

Der Sachunterricht verfügt als eigenständige wissenschaftliche Disziplin über eine eigene Didaktik sowie einen spezifischen Gegenstand. In seinem Mittelpunkt stehen Phänomene, Fragen und Probleme, zu deren Erschließung und möglicher Beantwortung Methoden, Wissens- und Forschungsstände der Bezugsfächer und der Grundschulpädagogik mit Erkenntnissen aus der Kindheitsforschung und der Entwicklungspsychologie integriert werden.

Durch die baden-württembergische Untergliederung des Studiengangs in einen naturwissenschaftlich-technischen und einen sozialwissenschaftlichen Sachunterricht mit jeweiligen Bezugsfachorientierungen – je nach Hochschulstandort gibt es bis zu neun verschiedene Bezugsfachdisziplinen – droht die Eigenständigkeit, Einheit und Spezifität des Sachunterrichts als wissenschaftliche Disziplin und Fachdidaktik aus dem Blick zu geraten.

2. Sachunterricht als ein Studienfach (mit bezugsfachorientierten Perspektiven).

Für die Lehrkräftebildung ist die Herausbildung einer Fachidentität bei den

Studierenden besonders bedeutsam. Diese wird erleichtert, wenn der Sachunterricht auch entsprechend als ein Studienfach organisiert und wahrgenommen werden kann. Dazu sind weiterhin Perspektiven aus den Bezugsfachdisziplinen auf die Sache(n) notwendig, die dann aus einer eigenständigen grundschulpädagogisch orientierten didaktischen Disziplin „Sachunterricht“ heraus als einzelne bezugsfachorientierte Perspektiven zur Erschließung von Sachen thematisiert und primarstufenbezogen integriert werden können und müssen.

3. Sachunterricht als Studienangebot für Studierende der Sonderpädagogik.

Gerade in der Sonderpädagogik ist das Erschließen von Welt von besonderer Bedeutung. Das ist eine originäre Aufgabe des Sachunterrichts. Entsprechend ist der Sachunterricht auch in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) sowie der inklusiven Grundschule ein Unterrichtsfach. Dennoch ist er in Baden-Württemberg kein Studienfachangebot für Studierende der Sonderpädagogik. Die Landesfachschaft hält Studienmöglichkeiten in der Sonderpädagogik für den Sachunterricht im Primarbereich für die dort häufig eingesetzten Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen für erforderlich.

4. Sachunterricht als viersemestriger Masterstudiengang.

In dem bisherigen nur zweisemestrigen Master gibt es zu wenig Raum für inhaltliche und forschungsmethodologische Vertiefungen – insbesondere im Sachunterricht mit seiner komplexen Didaktik und anspruchsvollen Herausbildung seiner Gegenstände. Dem hohen Anspruch an das Fach wie auch an das Grundschullehramt insgesamt kann nur ein viersemestriges Masterstudium an der Hochschule gerecht werden.



Stine Albers



Anja Vocilka

5. Sachunterricht als Hochschulstudium, das direkt zur Promotion berechtigt.

In Baden-Württemberg schließen Studierende des Grundschullehramts ihren Master erst nach einem Jahr im Vorbereitungsdienst ab. Sie verlassen die Hochschule ohne Masterabschluss und damit auch ohne Promotionsberechtigung, wodurch die Gewinnung und Qualifizierung wissenschaftlichen Nachwuchses für den Grundschulbereich erschwert wird. Dadurch werden im Lehramtsstudiengang Grundschule außerdem vor allem Frauen in ihren wissenschaftlichen Werdegängen benachteiligt.

Langfristig leidet unter dieser Situation auch die Qualität der Grundschullehrkräftebildung. Für den Sachunterricht ist dies besonders prekär, da das Fach in der Lehrkräftebildung der Sekundarstufe nicht vertreten ist, sodass auch keine Sekundarstufenstudierenden nach erfolgreichem Masterabschluss für Forschungsprojekte und Weiterqualifizierung infrage kommen. Gefährdet ist der Ausbildungs- und Forschungsstandort Baden-Württemberg.

Jun.-Prof. Dr. Stine Albers
Dipl.-Päd. Anja Vocilka
(PH Ludwigsburg)

Das Positionspapier liegt hier in einer gekürzten Fassung vor; es ist unter <https://gdsu.de/sites/default/files/AGfiles/Positionspapier%20Landesfachschaft%20SU%20final.pdf> in der von der Landesfachschaft verabschiedeten Version unter Angabe aller Mitwirkenden einsehbar.



Schulbarometer zeigt: Belastung erreicht dramatisches Niveau

Anlässlich der heutigen Veröffentlichung des Deutschen Schulbarometers erklärt der stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand: „Traurig und gleichermaßen leider wenig überraschend ist das, was die vorgelegten Ergebnisse offenbaren. Die dramatische Überlastung von Lehrkräften, psychisch und physisch, ist zu

einem enormen Risiko geworden – für die Lehrkräfte selbst und für die Zukunft funktionierender Schulen insgesamt.“

Die Politik steht ohne Wenn und Aber in der Pflicht, endlich lange Versäumes aufzuarbeiten und jetzt alles Notwendige dafür zu tun, um die Pädagoginnen und Pädagogen in den Schulen zu schützen, die im Kontext von Coronapandemie, massivem Lehrkräftemangel, Integrationsaufgaben und (verschleppter) Digitalisierung teils Unermessliches leisten. Nur so kann Schule, nur so können wir als Gesellschaft das schaffen, wozu wir verpflichtet sind, nämlich allen Kindern und Jugendlichen einen gerechten Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und bestmöglicher Förderung zu ermöglichen.

Schulbarometer bestätigt VBE-Umfrage

Erst Anfang des Jahres hatten in einer im Auftrag des VBE durchgeführten repräsentativen forsa-Umfrage die Hälfte aller Schulleitungen angegeben, dass es aufgrund der Überlastung in den letzten Jahren vermehrt zu

langfristigen Ausfällen in ihrem Kollegium gekommen sei.

Dazu erläutert der Landesvorsitzende: „Das, was wir an Schule nicht erst seit gestern erleben, ist ein sich selbst verstärkender Teufelskreis. Personalmangel und immer neue Aufgaben führen zu zusätzlichen Belastungen bei den Lehrkräften, die im System sind. Höhere Krankenstände sind zwangsläufig die Folge. Das erhöht wiederum die Arbeitsbelastung der verbleibenden Fachkräfte und gefährdet deren Gesundheit zusätzlich. Auf der anderen Seite brauchen Schülerinnen und Schüler gerade in diesen Zeiten, das machen auch die Ergebnisse des Schulbarometers mehr als deutlich, gesunde, belastbare und durch die Bereitstellung der notwendigen Gelingensbedingungen gestärkte Lehrerinnen und Lehrer. Nur so kann den etwa verstärkt zu beobachtenden Verhaltensauffälligkeiten, den zunehmenden Lernrückständen und vor allem den besorgniserregenden Hinweisen auf das mangelnde psychische Wohlbefinden vieler junger Menschen entgegengewirkt werden.“

VBE fordert massive Investitionen

„Die Politik muss das Bildungssystem dauerhaft mit ausreichenden und adäquaten Ressourcen ausstatten, sodass Lehrkräfte wie auch Schülerinnen und Schüler gesund bleiben und eine bestmögliche individuelle Förderung realisierbar ist. Zudem braucht es dringend wirkungsvolle Maßnahmen, um die deutlich zutage tretenden kognitiven und sozial-emotionalen (Zusatz-) Bedarfe bei Kindern und Jugendlichen nachhaltig auszugleichen. Eine bessere Ausstattung mit Lehrkräften und multi-professionellen Teams, insbesondere mit psychologischer Qualifizierung, wie sie der VBE seit Langem fordert, ist dafür unabdingbar. Es kann insgesamt nur um massive Investitionen gehen und dafür brauchen wir ein Sondervermögen Bildung.“

VBE-Pressedienst vom 9. Juni 2022

www.vbe-bw.de



Weitere aktuelle
Pressemeldungen finden
Sie auf unserer Homepage



Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst – VBE: Dienstherr muss Beschäftigte schützen

Die heute veröffentlichten Ergebnisse der vom Bundesinnenministerium beauftragten Studie zur Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst kommentiert Gerhard Brand, stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), folgendermaßen:

„Die Ergebnisse bestätigen, was auch der VBE in seinen Umfragen zur Gewalt gegen Lehrkräfte bereits nachweisen konnte. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, zu denen auch Lehrkräfte gehören, werden bei der Ausübung ihrer Dienstpflicht nicht ausreichend vom Dienstherrn geschützt und wer-

den immer wieder Opfer von Gewalt. Derartige Erfahrungen haben insbesondere bei der Durchsetzung der Corona-Maßnahmen viele Lehrkräfte, zusätzlich zu den Herausforderungen durch Lehrkräftemangel und Pandemie, psychisch stark belastet.“

„Besonders erschreckend ist, dass aufgrund hoher bürokratischer Hürden, der Angst vor negativen Konsequenzen oder schlicht weil eh keine Hoffnung auf positive Veränderung besteht, nur knapp ein Drittel der erlebten Gewalterfahrungen gemeldet werden. Hier ist dringend Abhilfe seitens des Dienstherrn gefordert. Es

braucht umgehend Möglichkeiten zur schnellen und unbürokratischen Meldung derartiger Vorfälle, umfangreiche juristische und psychologische Unterstützung Betroffener und Gewaltbeauftragte innerhalb der Kultusministerien. Gewalt gegen Lehrkräfte muss weiter enttabuisiert und Lehrkräfte müssen endlich angemessen geschützt werden. Das Angebot des Innenministeriums, gemeinsam für Gewaltprävention und einen besseren Schutz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu streiten, begrüßen wir ausdrücklich und stehen mit unserer Expertise zur Verfügung.“

VBE-Pressedienst vom 24. Juni 2022

Lehrkräftemangel erhält endlich notwendige Priorität

Der stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, äußert sich folgendermaßen zur Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 24. Juni 2022:

„Der VBE begrüßt, dass die KMK bereit ist, der Behebung des Lehrkräftemangels die Aufmerksamkeit zu schenken, die dieses Thema eigentlich schon seit Jahren verdient hätte. Auch die KMK hat anscheinend erkannt, dass es nicht mehr fünf vor zwölf, sondern bereits fünf nach zwölf ist. Die vom VBE im Januar und März dieses Jahres veröffentlichten Zahlen zum Lehrkräftebedarf haben das Ausmaß des tatsächlichen Bedarfs deutlich gemacht. Es ist gut, dass die KMK-Präsidentin erklärt hat, dass es bei der Dimension der Herausforderung notwendig ist, die Entwicklung der Bildung perspektivisch, auf zehn und mehr Jahre in die Zukunft, und nicht nur kurzfristig zu denken.“

„Für den VBE ist unabdingbar, dass die Qualität der Lehrkräfteausbildung bei der Entwicklung neuer Wege zur Gewinnung von Lehrkräften nicht beeinträchtigt werden darf. All die auf Zukunft gerichteten Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schulen bereits aktuell unter massivem Personalmangel leiden und nicht alles leistbar ist, was wünschenswert wäre, selbst wenn Lehrkräfte unter Gefährdung ihrer Gesundheit ihre zumutbare Belastungsgrenze seit geraumer Zeit ständig überschreiten.“

Die Politik ist in der Pflicht, neben der langfristigen Perspektive auch endlich Maßnahmen vorzulegen, wie eine kurzfristige Entlastung erfolgen kann. Andernfalls wird sich der Teufelskreis aus Lehrkräftemangel, daraus folgender Überlastung der im System befindlichen Lehrkräfte und einem sich daraus ergebenden höheren Krankenstand immer weiter fortsetzen.“

„Größtmögliche Normalität im Schuljahr 2022/2023“

Bezüglich des KMK-Beschlusses „Größtmögliche Normalität im Schuljahr 2022/2023“ ergänzt Brand:

„Von Normalität in den Schulen kann nach wie vor keine Rede sein, auch wenn der Unterricht inzwischen überall wieder in Präsenz stattfindet. Sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrkräfte sind von der Sommerwelle betroffen. Wir vermissen auch am Ende dieses Schuljahres erneut, dass die KMK den Gesundheitsschutz in den Schulen zum Beispiel durch verbesserte technische Maßnahmen in den Sommerferien weiter vorantreiben will, um die Schulen zu sicheren Lernorten zu machen. Während der Bundesgesundheitsminister bereits jetzt vor möglichen Ausweitungen der Pandemie im Herbst warnt, setzt die KMK anscheinend erneut auf das Prinzip Hoffnung und lässt wenig Konkretes verlauten.“

VBE-Pressedienst vom 24. Juni 2022



Der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Brand (Mitte) stellt die Ergebnisse der Umfrage der Presse vor.
Bild darunter: stellvertretender VBE-Vorsitzender Dirk Lederle beim Interview.

VBE-Realschulumfrage: Ein „Weiter so“ kann es nicht geben

„Die Lehrkräfte benennen die Problemfelder des Realschulkonzepts, wie es der Bildungsplan 2016 vorgibt, sehr genau: Große Schwierigkeiten sehen sie in den Bereichen der Orientierungsstufe, des G-Niveaus und des Hauptschulabschlusses. Und sie machen eines unmissverständlich klar: Ein ‚Weiter so‘ kann es nicht geben!“, erklären der VBE-Landesvorsitzende Gerhard Brand und der stellvertretende Landesvorsitzende und Realschulleiter Dirk Lederle gemeinsam angesichts der Ergebnisse einer VBE-Umfrage. Vom 15. bis 20. Mai 2022 hat der VBE Baden-Württemberg eine Umfrage durchgeführt, an der sich landesweit 721 Realschullehrerinnen und -lehrer beteiligt haben.



Problemfeld G-Niveau

Die Lehrkräfte wurden zunächst gefragt, wie das G-Niveau an der eigenen Schule unterrichtet wird. Infolge des Bildungsplans 2016 müssen Realschulen zusätzlich den Hauptschulabschluss und damit einhergehend Unterricht auf Hauptschulniveau (G-Niveau) anbieten. Bei einer Binnendifferenzierung sitzen die G-Schülerinnen und -Schüler gemeinsam mit den anderen Realschülerinnen und Realschülern (M-Niveau) in einer Klasse. Bei einem separaten Zug werden die Niveaus in getrennten Klassen unterrichtet. Die Umfrage zeigt, dass beide Konzepte gleich verteilt zur Anwendung kommen: Rund die Hälfte der Realschulen bildet das G-Niveau binnendifferenziert ab, während die andere Hälfte es in einem separaten

Zug anbietet. Fragt man hingegen, welches der Konzepte das pädagogisch bessere ist, verschiebt sich das Bild drastisch: Fast alle Realschullehrkräfte (93 Prozent) sprechen sich für den Unterricht des Hauptschulniveaus in einem separaten Zug aus. Zugleich sehen die allermeisten Lehrkräfte (89 Prozent) eine Binnendifferenzierung kritisch.

Gerhard Brand: „Damit hat die Schulpraxis ein klares Urteil gefällt: Die Lehrkräfte lehnen die Binnendifferenzierung an der Realschule aus pädagogischen Gründen ab. Durch das gleichzeitige Unterrichten auf G- und M-Niveau kann keines der Niveaus richtig bedient werden. Dadurch wird man den Kindern nicht gerecht und für die Lehrkräfte bedeutet es einen

hohen Zusatzaufwand in der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts. Aus organisatorischen Gründen und aufgrund der erforderlichen Ressourcen können vor allem kleinere Realschulen jedoch oftmals keinen separaten Zug anbieten und sind damit zur Binnendifferenzierung gezwungen.“

Problemfeld Orientierungsstufe

Unabhängig von der Frage nach einer Binnendifferenzierung oder einem separaten G-Zug müssen alle Realschulen zunächst eine zweijährige Orientierungsstufe anbieten. Hiernach orientieren sich in den Klassenstufen 5 und 6 der Unterricht und die Notengebung ausschließlich am Realschulniveau. Am Ende von Klasse 5 gibt es

kein Sitzenbleiben und erst am Ende von Klasse 6 entscheidet sich anhand der Noten, ob die Schülerin oder der Schüler auf dem Hauptschul- oder Realschulniveau weiterlernt. Für die große Mehrheit von fast drei Vierteln der Befragten (72 Prozent) hat sich dieses Konstrukt der zweijährigen Orientierungsstufe nicht bewährt. Eine ebenso große Mehrheit (73 Prozent) befürwortet eine Verkürzung der Orientierungsstufe.

Dirk Lederle: „Die Lehrkräfte betrachten das Konstrukt der zweijährigen Orientierungsstufe als pädagogisch gescheitert. Wir wissen, dass heute an der Realschule ein Viertel der Kinder mit einer Empfehlung für die Hauptschule/Werkrealschule ankommt. Hier von schafft es gut die Hälfte, einen Realschulabschluss zu erwerben. Die andere knappe Hälfte scheitert jedoch daran, für diese Kinder ist der Besuch der Realschule mit Enttäuschung und Frustration verbunden. In der Orientierungsstufe werden sie über zwei Jahre auf einem falschen Niveau unterrichtet und geprüft. Zwei Jahre, in denen sie überwiegend negative Leistungseindrücke erhalten und reichlich Misserfolgserlebnisse sammeln. Häufig erlebt man junge Menschen, die vollständig demotiviert sind und mit der Institution Schule spätestens in Klasse 7 innerlich abgeschlossen haben. Von Bildungsgerechtigkeit kann für diese Kinder keine Rede sein.“

Problemfeld Hauptschulabschluss

Abschließend wurden die Lehrkräfte gefragt, ob die Realschulen den Hauptschulabschluss überhaupt anbieten sollten: Neun von zehn Realschullehrkräften (90 Prozent) verneinen dies.

Gerhard Brand: „Das Ergebnis könnte klarer kaum ausfallen. Damit senden die Lehrkräfte ein sehr deutliches Signal an die Landesregierung: Es muss sich was ändern! Wer Bildungsgerechtigkeit will, der muss individuelle Bil-

dungserfolge ermöglichen. Wenn die strukturellen Bedingungen dies jedoch verhindern, ist es die Pflicht der politisch Verantwortlichen, diese Missstände zu korrigieren.“

VBE-Konzept zur Reformierung der Realschule

Zentrale Punkte sind:

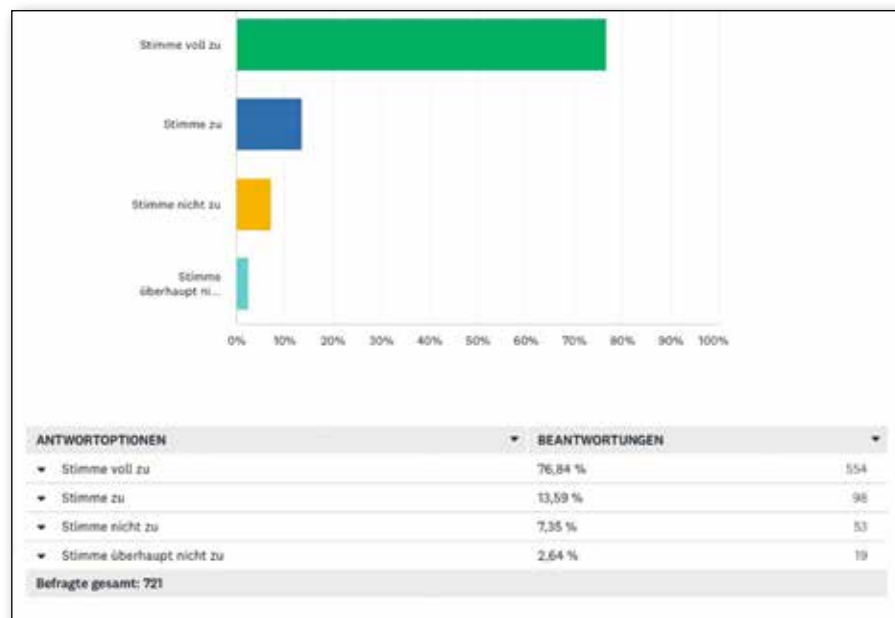
1. Das grundsätzliche Ziel der Realschule ist der Realschulabschluss nach Klasse 10.
2. Der Hauptschulabschluss (HSA) in Klassenstufe 9 ist der Ausnahmefall an der Realschule. Der HSA wird nur an Realschulen angeboten, die keine schulische Alternative (HS/WRS oder GMS) in erreichbarer Nähe haben. Oder an Realschulen, die dies ausdrücklich wollen und in

ihrem pädagogischen Profil verantworten haben.

3. Kürzung der Orientierungsstufe um ein Jahr und die Möglichkeit, spätestens nach Klassenstufe 5 ein G-Niveau anzubieten.
4. Möchten Eltern ihr Kind mit einer HS/WRS-Empfehlung an der Realschule anmelden, ist zuvor ein besonderes Beratungsverfahren in Anspruch zu nehmen. Hinterher entscheiden die Eltern.
5. Wird im Bereich der Realschule das G-Niveau in einem separaten Zug ab Klassenstufe 6 unterrichtet, erhält dieser (unabhängig vom M-Niveau) schulische Ressourcen zugewiesen. Ein G-Zug kann bereits ab acht Schülerinnen und Schülern (bisher: 16) eingerichtet werden. Zur Einrichtung eines G-Zuges können Schulen regional kooperieren.

Jens Linek, VBE-Pressereferent

Die Realschule sollte ausschließlich den RS-Abschluss anbieten



Ergebnisse der Umfrage:



Schaubild Realschulkonzept:



So, jetzt wissen wir es endlich mal genau!

Grau ist alle Theorie. Bewährt und auch wahr. Natürlich entsteht ein so komplexes Konstrukt wie unser Realschulkonzept nicht in einem dunklen Hinterzimmer und nur ein Mensch denkt sich da etwas aus, was ihm gefällt. Unser Konzept ist das Ergebnis einer langen und auch wohlüberlegten Diskussion im Realschulreferat. Wie gut es doch ist, wenn man auf die Expertise ganz verschiedener „Realschulmenschen“ aus ganz verschiedenen Landesteilen mit ganz unterschiedlichen pädagogischen Konzepten und regionalen Voraussetzungen zurückgreifen kann. Während dieses Prozesses wurde uns relativ schnell klar, wo der Schuh drückt und dass es so etwas wie ein einheitliches Konzept „mit der Gießkanne“, welches auf alle Realschulen gleichermaßen ausgeschüttet wird, nicht geben kann. Dazu haben sich die Realschulen in den letzten Jahren viel zu sehr diversifiziert, wobei ganz unterschiedliche Schulkonzepte entstanden sind. Deshalb war uns klar, dass es innerhalb eines Reformkonzepts genau diesen Spielraum braucht, damit die viele Arbeit, die in den Kollegien in die Ausgestaltung der Konzepte investiert wurde, nicht umsonst war. Für uns war unser Modell sehr schlüssig, dennoch wollten wir es wissen, und zwar nicht nur irgendwie, sondern ziemlich genau.

Was lag da näher, als einfach mal bei denen nachzufragen, die es im Zweifelsfall auch umsetzen müssten. Also eine Umfrage, klar. Was uns dann jedoch überrollte, ließ sich als ein regelrechter „Rückmeldetsunami“ bezeichnen. Damit hatten wir nun nicht gerechnet. Trotz der Kürze der Zeit haben wir so viele Rückmeldungen erhalten, dass man getrost behaupten kann, das Kriterium der Repräsentativität (zumindest in Bezug auf die Teilnehmerzahl) ist übererfüllt – manche sich als wichtig aufspielende Interessensgruppe hat nicht einmal annähernd so viele Mitglieder, wie es Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Studie

gab. Sei's drum. Wir sind stolz auf unsere Arbeit und auch auf die überwältigende Bestätigung aus der Praxis. Was hat die Befragung nun ergeben?

1. Nur ein Teil der Realschulen benötigen überhaupt ein G-Niveau und haben dementsprechend auch Schülerinnen und Schüler, die auf G-Niveau unterrichtet werden.
2. Die große Mehrheit der befragten Lehrkräfte hält das G-Niveau in einem separaten Zug für sinnvoll und machbar.
3. Eine Binnendifferenzierung wird von nahezu allen befragten Lehrkräften kritisch gesehen. Sowohl in Bezug auf die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte als auch und vor allem in dem, was bei den Schülerinnen und Schülern ankommt.
4. Fast alle befragten Lehrkräfte wünschen sich eine Verkürzung der Orientierungsstufe und sehen das bisherige Konzept als gescheitert an.
5. Eine deutliche Mehrheit wünscht sich einen Fokus auf den Realschulabschluss als Regelabschluss.

Die Zahlen sind sehr eindeutig und mehr als beeindruckend. Was heraussticht, ist die Tatsache, dass die vielen Ideologen, die seit Jahren das ewig Gleiche fordern, ohne hierfür auch nur annähernd repräsentative Zahlen, Daten oder Fakten zu liefern, eindeutig widerlegt sind. Wer jetzt noch sklavisch an irgendwelchen Dogmen festhält, agiert wie Kinder, die sich beim Versteckspiel die Augen zuhalten, oder leugnet schlicht die Realität. Letztlich muss man bei allen Reformbemühungen genau die mitnehmen, die es auch umsetzen müssen, und wenn genau diese Menschen die Sinnhaftigkeit nicht sehen, ist jedes Projekt zum Scheitern verurteilt.

Was wurde uns sonst noch in der Befragung mitgeteilt?

1. Die Realschule sollte eine echte Realschule sein und nicht eine versteckte

Haupt-/Werkrealschule. Je homogener eine Klasse, desto besser kann dort unterrichtet werden. Die Realschule sollte kein G-Niveau anbieten müssen.

2. Die Abschaffung der verbindlichen GS-Empfehlung belastet die Kollegien und die Schülerinnen und Schüler extrem. Eine verbindlichere GS-Empfehlung mit mehr Gewicht muss wieder eingeführt werden. Die Grundschulempfehlung muss wieder eine größere Bedeutung erhalten.
3. An den Realschulen sollte nach Möglichkeit ausschließlich der Realschulabschluss angeboten werden. Er sollte nur dort überhaupt angeboten werden, wo dies erforderlich ist.
4. Unterricht auf G-Niveau sollte in die Werkrealschule/Hauptschule verlagert werden. Folge: Stärkung der HSWRS.
5. Wir müssen die Dreigliedrigkeit des Schulsystems als bewussten Gegenentwurf zur Gemeinschaftsschule erhalten.
6. Leider kann durch das gleichzeitige Unterrichten auf G- und M-Niveau keines der Niveaus richtig unterrichtet werden. Dadurch wird man den Kindern nicht gerecht und für uns Lehrkräfte bedeutet es einen höheren Aufwand und eine Arbeitszeitverdichtung. Überforderung droht.
7. Die rund 25 % der Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung auf den Realschulen dürfen nicht vergessen werden.

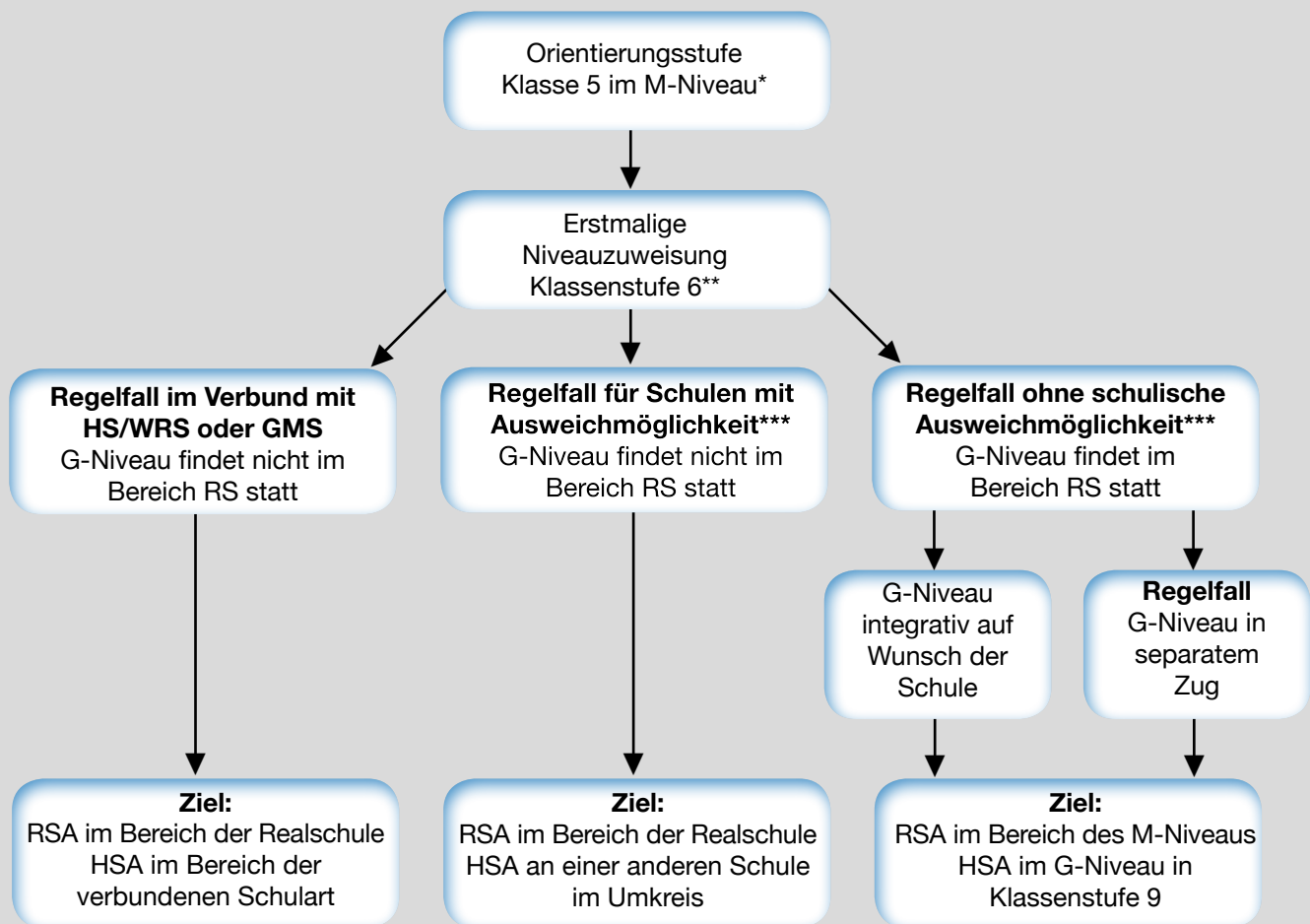
Es wird also Zeit, dass das Kultusministerium reagiert. Die Lehrkräfte an den Realschulen brauchen endliche eine Veränderung und Unterstützung.

Dirk Lederle

Schulleiter Johanniter-schule Heitersheim,
stellvertretender VBE-Landesvorsitzender



Konzeption des VBE Baden-Württemberg zur Veränderung der Realschule



Das grundsätzliche Ziel der Realschule ist der Realschulabschluss (RSA) nach Klasse 10. Der Hauptschulabschluss (HSA) in Klassenstufe 9 ist der Ausnahmefall an der Realschule. Der HSA wird nur an Realschulen angeboten, die keine schulische Alternative (HS/WRS oder GMS) in erreichbarer Nähe haben, oder an Realschulen, die dies ausdrücklich wollen und in ihrem pädagogischen Profil verankert haben.

In der Orientierungsstufe werden Schülerinnen und Schüler unabhängig von der Grundschulempfehlung (GSE) aufgenommen. Eine Aufnahme an die Realschule mit einer GSE für Realschule oder Gymnasium ist ohne besonderes Beratungsverfahren möglich. Möchten Eltern ihr Kind mit einer HS/WRS-Empfehlung anmelden, ist von diesen Eltern zuvor das besondere Beratungsverfahren in Anspruch zu nehmen. Erst danach kann das Kind an einer Realschule angemeldet werden.

Wird im Bereich der Realschule das G-Niveau in einem grundständigen Zug ab Klassenstufe 6 unterrichtet, erhält dieser unabhängig vom M-Niveau schulische Ressourcen zugewiesen. Ein solcher Zug kann ab acht Schülerinnen und Schüler eingerichtet werden. Der maßgebliche Klassenteiler liegt im G-Zug bei 20 Schülerinnen und Schülern. Die Betrachtung der M-Züge und somit auch die Ressourcenzuweisung erfolgt unabhängig von der Schülerzahl im G-Niveau. Der Klassenteiler im M-Niveau ist der GMS anzupassen. Zur Einrichtung eines G-Zuges kann regional kooperiert werden. Dies ist sowohl bei Schulen desselben

Schulträgers als auch bei Schulen verschiedener Träger möglich. Zur Gestaltung von Maßnahmen zur Differenzierung und individuellen Förderung erhalten alle Realschulen ein Basiskontingent an Poolstunden. Realschulen, die ein G-Niveau anbieten, erhalten eine höhere Zuweisung an Poolstunden.

* Der Unterricht findet auf M-Niveau statt. In pädagogisch begründeten Ausnahmefällen kann hiervon abgewichen werden und ggf. auch die Leistungsmessung auf G-Niveau vorgenommen werden. Maßgebend ist der Beschluss der Klassenkonferenz zum Halbjahr.

** Die erstmalige Niveauzuweisung erfolgt auf Basis der Versetzungsordnung auf M-Niveau. Wurde der Schüler auf G-Niveau unterrichtet und geprüft, muss er die Klassenstufe 5 wiederholen oder kann direkt in das G-Niveau der betreffenden Realschule (sofern dies dort angeboten wird) oder einer anderen Schule wechseln. Eine einmalige Wiederholung der Klassenstufe 5 ist grundsätzlich möglich. Die Wiederholung erfolgt auf dem M-Niveau. Im zweiten Halbjahr kann auf Beschluss der Klassenkonferenz im pädagogisch begründeten Einzelfall und auf Beschluss der Klassenkonferenz auf G-Niveau unterrichtet und geprüft werden. Ist dies der Fall, wird die Schülerin / der Schüler dann in Klassenstufe 6 dem G-Niveau zugeordnet (sofern dies an der betreffenden Schule angeboten wird) oder muss die Schule verlassen. Der Wechsel von G- in M-Niveau ist in Ausnahmefällen auch zum Halbjahr möglich (Antrag der Eltern und Beschluss Klassenkonferenz). Es gelten die Regelungen der MVO vom 19. April 2016, Abschnitt 3, § 6, Absatz 1 und 2.

*** Solche Schulen sind von der Schulaufsicht zu definieren. Schulen, die den HSA in ihrem pädagogischen Konzept ausdrücklich wünschen, können diesen gleichgestellt werden.



Am Gespräch nehmen teil (oben von links im Uhrzeigersinn): Michael Gostovic-Storz, Theresa Schopper, Gerhard Brand, Yvonne Lenz, Jürgen Striby, Dirk Lederle.

Austausch mit der Kultusministerin zur Realschule

Ende Mai 2022 fand ein weiterer wertschätzender Austausch mit Kultusministerin Theresa Schopper sowie dem Leiter des Referates 33, Jürgen Striby, und der stellvertretenden Leiterin des Referates 33, Yvonne Lenz, statt. Vonseiten des Verbandes Bildung und Erziehung Baden-Württemberg nahmen Landesvorsitzender Gerhard Brand sowie der stellvertretende Landesvorsitzende, Dirk Lederle, an dem Austausch teil.

Inhaltlich ging es um die Mitgliederumfrage des VBE zur Realschule und die Vorstellung des VBE-Realschulkonzeptes.

Kultusministerin Theresa Schopper ließ es sich als Gastgeberin nicht nehmen und hieß alle Teilnehmenden herzlich willkommen und freute sich auf einen gewinnbringenden Aus-

tausch. Landesvorsitzender Gerhard Brand bedankte sich für die Zeit und begrüßte ebenfalls alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gesprächs und stellte direkt wichtige Erkenntnisse der Umfrage vor.

Gerhard Brand übergab an den stellvertretenden Landesvorsitzenden Dirk Lederle, der innerhalb des VBE für die Realschule auf Verbandsleitungsebene federführend tätig ist. Er stellte die Ergebnisse en détail vor. Zunächst wurde die hohe Teilnahme an der VBE-Umfrage herausgestellt. So hohe Rückmeldungen gab es bislang noch nicht. Schlussendlich haben 721 Lehrkräfte an Realschulen an der Umfrage teilgenommen und garantieren die Repräsentativität. Die Teilnehmenden haben ein aktuelles Bild an den Realschulen in Baden-Württemberg gezeichnet.

Der VBE macht unter anderem darauf aufmerksam, dass 9 von 10 Befragten sich für den reinen Realschulabschluss an der Realschule ausgesprochen haben.

Kultusministerin Schopper dankte für die Rückmeldungen aus der Schullandschaft und stellte zielgerichtete Rückfragen zur Umfrage.

Herr Lederle stellte das VBE-Konzept zur Realschule vor. Die Ministerin bedankte sich für die wertvollen Erkenntnisse und äußerte sich wertschätzend dem VBE gegenüber. Das Konzept der Realschule des VBE soll in die weiteren Überlegungen zur Weiterentwicklung der Realschule einfließen.

*Michael Gostovic-Storz,
Leiter Kommunikation im VBE*

Deutscher Schulträgerkongress

Schulträger und Schulleitungen sichern
gemeinsam gute Bildung in einer zukunfts-
fähigen Schullandschaft

10. November 2022,
Congress Center Düsseldorf

 DSTK
2022

Bis zum 15.07.2022
Frühbucherpreis sichern

159 €
statt ~~199 €~~

- Wir versammeln die relevanten Entscheidungsträger aus Gemeinden, Städten und Landkreisen für Investitionen rund um Schule und Schulentwicklung unter einem Dach.
- Wir bieten praxisnahe Workshops zu den derzeit herausforderndsten Themen für Schulträger: **Ganztagsschule, Digitalisierung, moderner Schulbau, innere und äußere Schulangelegenheiten.**
- Wir schaffen wertvolle Networking-Gelegenheiten und Möglichkeiten zur Reflexion über innovative Konzepte und Best-Practise-Modelle.

Infos und Tickets unter: www.deutscher-schultraegerkongress.de

Eine gemeinsame Veranstaltung von

EDUCATION | EVENTS

Verband Bildung und Erziehung
VBE

Mitveranstalter

 **DStGB**
Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Florence Fischer (FLEET Education), Volker Schebesta (Staatssekretär am Kultusministerium), Gerhard Brand (VBE Landesvorsitzender)

DKLK-Studie 2022: Herausforderungen im Kitabereich immer größer

„Doppelt so viele Kitas als ein Jahr zuvor müssen mit einer für das Kindeswohl gefährlichen Personalunterdeckung arbeiten. Im Ü-3-Bereich weicht inzwischen an den meisten Kitas die Fachkraft-Kind-Relation von der wissenschaftlichen Empfehlung ab. Und an den allermeisten Kitas gibt es kein Konzept zur Gesundheitsprävention. Kurz: Man hat es im großen Maßstab versäumt, im Kitabereich für professionelle Arbeitsbedingungen zu sorgen. Der jüngste Tarifabschluss ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, wirkt aber angesichts der Studienergebnisse wie ein Tropfen auf den heißen Stein“, so das ernüchternde Fazit des VBE-Landesvorsitzenden Gerhard Brand zur DKLK-Studie 2022. Rund 2.000 Kitaleitungen haben sich in Baden-Württemberg an der fürs Land repräsentativen Studie beteiligt. Ein Teil der Fragen wurde bereits in der DKLK-Studie 2021 gestellt, sodass entsprechende Zeitvergleiche möglich sind.

Personalsituation

Acht von zehn Kitaleitungen (83 %, 2021: 70 %) berichten, dass sich der Personalmangel in den vergangenen zwölf Monaten verschärft hat und es noch schwieriger geworden ist,

offene Stellen mit passenden Bewerberinnen und Bewerbern zu besetzen. 16 % aller Kitas (2021: 8 %) haben in den letzten zwölf Monaten in über der Hälfte der Zeit mit erheblicher Personalunterdeckung unter Gefährdung der Aufsichtspflicht arbeiten müssen. Nur 8 % der Kitas konnten in den zurückliegenden 12 Monaten mit einer durchgehend ausreichenden Personalausstattung arbeiten. „Trotz aller versprochenen Fachkräfteoffensiven hat sich die Personallage noch mal drastisch zugespitzt. Mit Blick auf die enorme Bedeutung der frühkindlichen Bildung für die gesamte Bildungsbio-graphie von Kindern ist dies eine einzige Katastrophe“, konstatiert Brand.

Fachkraft-Kind-Relation

Der dramatische Personalmangel trifft Fachkräfte wie Kinder gleichermaßen: An sieben von zehn Kitas (72 %) im Ü-3-Bereich weicht die tatsächliche Fachkraft-Kind-Relation von der wissenschaftlichen Empfehlung ab, die bei 1 : 7,5 liegt. An 27 % der Kitas im Ü-3-Bereich muss eine einzige Fachkraft zwölf oder mehr Kinder betreuen. Im U-3-Bereich kommen in 43 % aller Kitas fünf oder

mehr Kinder auf eine einzelne Fachkraft, in jeder zehnten Kita (13 %) sind es sogar acht oder mehr Kinder – die wissenschaftliche Empfehlung liegt bei drei Kindern je Fachkraft.

Gerhard Brand: „Der Handlungsdruck ist massiv. Erst recht mit Blick auf noch nicht gedeckte Betreuungsbedarfe und neue Herausforderungen wie die Integration teilweise traumatisierter Flüchtlingskinder aus der Ukraine oder der Fachkräftekonkurrenz aus dem Grundschulbereich – Stichwort Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab 2026. Die Politik muss nun endlich ohne Wenn und Aber alles tun, was möglich ist, um diesen Zustand zu verbessern. Ein Verschieben auf morgen wäre unterlassene Hilfeleistung.“

Zeit für Leitung

Erneut gibt über ein Drittel der Kitaleitungen (36 %, 2021: 38 %) an, dass ihnen weniger als 20 % der Arbeitszeit für Leitungstätigkeiten vertraglich zur Verfügung steht. Fast jede zehnte Leitungskraft (9 %, 2021: 9 %) berichtet, über keinerlei vertragliche Leitungszeit zu verfügen. Rund die Hälfte dieser Kitaleitungen (46 %) berichtet aber, tatsächlich mehr als

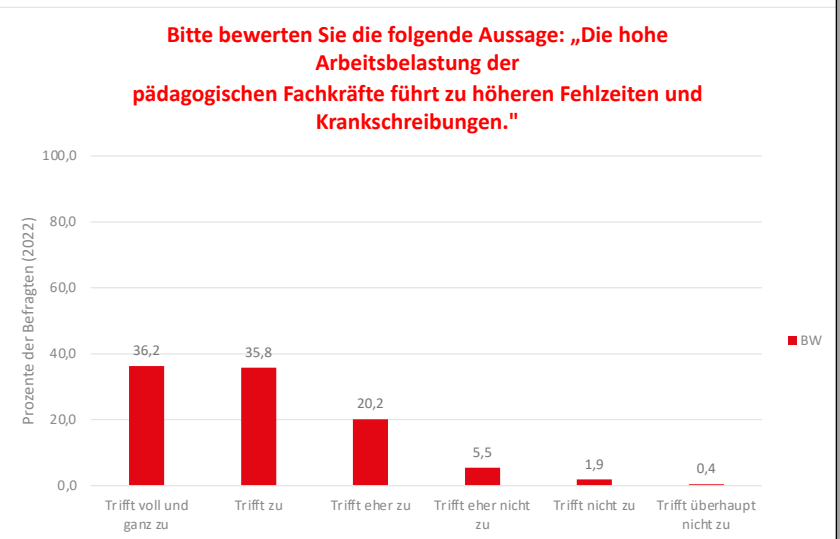
Bitte bewerten Sie die folgende Aussage

„Die hohe Arbeitsbelastung der pädagogischen Fachkräfte führt zu höheren Fehlzeiten und Krankschreibungen.“

- Die große Mehrheit der Befragten (92,2 %) stimmt dieser Aussage zu.



QR-Code scannen um die vollständigen Ergebnisse der Studie zu erfahren.



60 % ihrer Arbeitszeit für Leitungstätigkeiten zu benötigen. Gerhard Brand: „Auch hier zeigt sich deutlicher Handlungsbedarf. Für eine Professionalisierung des Berufsbilds ist eine bessere Passung von vertraglicher und tatsächlicher Leitungszeit zwingend notwendig.“

Themenschwerpunkt Gesundheit

Neun von zehn Kitaleitungen berichten, dass die hohe Arbeitsbelastung der pädagogischen Fachkräfte zu höheren Fehlzeiten und Krankschreibungen führt. An sieben von zehn Kitas gibt es kein Konzept zur Gesundheitsprävention für das pädagogische Fachpersonal. 18 % der Kitaleitungen geben an, in den letzten zwölf Monaten mehr als 21 Tage zur Arbeit gegangen zu sein, obwohl sie sich aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeitsfähig gefühlt haben. Zwei Drittel der Kitaleitungen fühlen sich durch ihre Tätigkeit psychisch belastet.

Der VBE-Landesvorsitzende warnt: „Neben der akuten Überlastung des engagierten Kitapersonals ist die zu verzeichnende Entwicklung zugleich ein verheerendes Signal an den dringend benötigten Nachwuchs.“



DKLK-Studie 2022: Dringende Handlungsbedarfe

- Aufeinander abgestimmte und flächendeckende Investitionen im Rahmen einer landesweiten Fachkräfteoffensive, ergänzt um regional angepasste Maßnahmen. Die Ausbildung im frühpädagogischen Bereich darf dabei qualitativ nicht ausgedünnt werden.
- Sofortmaßnahmen zur Beseitigung aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckungen.
- Anpassung der vertraglich fixierten Leitungszeit an den tatsächlichen Bedarf.
- Systematischer Aufbau und Zugang zu Angeboten der Gesundheitsprävention und -förderung.
- Verbesserte Arbeitsbedingungen mit Blick auf Bezahlung, Einführung einer grundsätzlich vergüteten Ausbildung, Weiterbildungsangebote und eine bedarfsgerechte räumliche und sächliche Ausstattung.



Gemeinsam Grundschule gestalten: Der VBE-Grundschulnachmittag

Über 500 Lehrerinnen und Lehrer haben sich an der Postkartenaktion zum VBE-Grundschulnachmittag beteiligt. Gefragt nach den drängendsten Aufgaben im Grundschulbereich nannten die Kolleginnen und Kollegen an erster Stelle die Senkung des Klassenteilers, gefolgt von der Senkung des Deputats. Der stellvertretende VBE-Landesvorsitzende Walter Beyer überreichte die gesammelten Postkarten in einem Wäschesack an Staatssekretär Volker Schebesta und empfahl eine aufmerksame Lektüre.

„Dieser Nachmittag heute, der ist für Sie gedacht“, begrüßte der Landesvorsitzende des VBE Baden-Württemberg, Gerhard Brand, die angereisten Grundschulleitungen. Unter dem Motto „Gemeinsam Grundschule gestalten“ hatte der VBE zum Grundschulnachmittag in die Fellbacher Schwabenlandhalle eingeladen. In seiner Eröffnungsrede ging der Landesvorsitzende auf die bedenkliche Situation im Primarbereich ein: „Jahr für Jahr wird die Lage an den Grundschulen schwieriger. Jahr für Jahr wird es schwieriger, den Pflichtunterricht abzudecken.“

Dabei zog Brand auch einen direkten Vergleich zur Wirtschaft: „An einem gesunden mittelständischen Unternehmen bestehen bis zu 30 Prozent aus unverplanter Zeit. Das ist nötige Zeit, um ein Unternehmen nicht nur zu verwalten, sondern um sich gemeinsam im Team Gedanken über die Entwicklung, die Gestaltung und die Ausrichtung am Markt machen zu können. Sie alle führen so ein kleines Unternehmen. Sie machen sich Gedanken um die Entwicklung der Kinder und um die Gestaltung von Bildung. Und ja, Sie machen sich auch Gedanken um die Ausrichtung am Markt. Was wären Vergleichsarbeiten und die internationale Schulleitungsstudie denn anderes? (...) Und jetzt frage ich Sie, wo sind Ihre 30 Prozent Zeit, um mit Ihrem Team für Gestaltung sorgen zu können?“

Landesvorsitzender kritisiert Schieflage bei Besoldung und Deputat

Die Problemlagen führte der Landesvorsitzende auch, aber eben nicht nur auf die Pandemie zurück. „Die Anforderungen, die an das System

Grundschule gestellt werden, passen nicht zu der Ausstattung, die diese Schulart vorhalten kann“, erklärte er. Brand verwies unter anderem auf die schon vor der Corona-Pandemie heikle Personalsituation, den eklatanten Mangel in der fachlichen Abdeckung kleiner Fächer, die heterogene Schülerschaft und immer neue Zusatzaufgaben wie etwa die Umsetzung von Inklusion und Ganzttag.

Den in der ersten Reihe sitzenden Staatssekretär der Kultusministerin fragte Brand, ob irgendjemand in seinem Haus erklären könne, warum Grundschullehrkräfte schlechter verdienen als die Kolleginnen und Kollegen der weiterführenden Schulen, obwohl sie das höhere Deputat haben. „So macht man einen Beruf nicht attraktiv. Und so gewinnt man nicht die dringend benötigten Lehrkräfte. Ohne mehr Lehrkräfte werden wir diese Schlagzahl aber nicht aufrechterhalten können“, mahnte Brand.

Grundschule in der Schlüsselrolle

In seiner anschließenden Gegenrede betonte Staatssekretär Volker



Schebesta zunächst die besondere Schlüsselrolle der Grundschule für die Entwicklung der Kinder. „Die Arbeit in den Grundschulen schafft die Grundlage dafür, wie die Kinder weiter durch ihre Bildungsbiografie kommen. (...) Ein gelungener Start ins Schulleben beeinflusst die Schullaufbahn. Aber er beeinflusst auch, wie es im Leben und im Berufsleben für die jungen Menschen später einmal weitergeht.“ Sodann bekräftigte der Staatssekretär, dass in der Pandemie gerade die Grundschule in der gesellschaftlichen Diskussion zusätzlich an Bedeutung gewonnen habe. Dies gelte nicht nur für die Betreuung und fachliche Grundbildung, sondern insbesondere auch für die sozial-emotionale Entwicklung der Kinder.

Weiter führte Schebesta aus, dass mit der Flüchtlingswelle infolge des russischen Angriffskrieges die nächste große Herausforderung bereits ins Haus stehe. „Wir haben in Baden-Württemberg inzwischen mehr Flüchtlinge aus der Ukraine, als wir im Jahr 2015 über das ganze Jahr an Asylbewerberinnen und Asylbewerbern hatten.“ Dabei seien zehn Prozent der Geflüchteten zwischen sechs und zehn Jahre alt. Um diesen Zulauf bewältigen zu können, habe das Kultusministerium weitere Vorbereitungsklassen geschaffen und zusätzliche Kräfte angeworben. Der Staatssekretär schwor die Schulleitungen

zugleich auf einen dauerhaften Integrationsprozess ein: „Wir alle wissen nicht, ob nicht irgendwann die Perspektive eher die ist, dass die Männer nach dem Krieg zu ihren Familien hierherkommen, als dass die Frauen mit ihren Kindern zurück in die Ukraine gehen.“

Nicht einfacher werde die Situation durch die ohnehin schwierige Versorgungssituation an den Grundschulen. Das Land habe aber reagiert und die Studienkapazitäten von 970 Studienanfängerplätzen im Jahr 2015 auf inzwischen 1670 Plätze erhöht. Zusätzlich versuche man, verstärkt Lehrkräfte aus der Elternzeit und durch die Erhöhung in der Teilzeit einzusetzen. Zudem setze das Land auf Pensionäre und Gymnasiallehrkräfte, welche an der Grundschule aushelfen sollen.

Sofagespräch mit Sesseln, ein Sack voll Postkarten und ein Krankenhausclown

Im Rahmen eines Sofagesprächs mit dem VBE-Landesvorsitzenden stellte sich der Staatssekretär im Anschluss an seinen Vortrag einer offenen Frageunde. Infolge der Corona-Schutzmaßnahmen mussten die beiden dann allerdings doch mit strikt separierten Ledersesseln anstatt eines Sofas vorliebnehmen. Dem Format tat dies keinen Abbruch: Die Schullei-

Bild oben, links: Der stellvertretende VBE-Landesvorsitzende Walter Beyer erläuterte die Ergebnisse der Postkarten-Umfrage.

Bild rechts: Der VBE-Landesvorsitzende referierte zur aktuellen Situation an den Grundschulen Baden-Württembergs.

tungen stellten dem Staatssekretär zahlreiche kritische Nachfragen zum Lehrkräftemangel und zu anderen Themen und bekamen dabei wortstarke Unterstützung durch den Landesvorsitzenden. Im Nachgang überreichte Walter Beyer, der als Moderator wohltuend locker durch die Fachtagung führte, dem Staatssekretär noch einen proppenvollen Wäschesack. Gefüllt war dieser mit den rund 550 Postkarten, die dem VBE im Vorfeld aus ganz Baden-Württemberg zugeschickt wurden.

Die sehr professionell organisierte Veranstaltung rundete schließlich der kabarettistische Abschlussvortrag von Dr. Roman Szeliga ab. „Lachen ist die wichtigste Ansteckungskrankheit der Welt“, verkündete dieser. Vor 25 Jahren gründete Dr. Szeliga gemeinsam mit einem kleinen Team die ersten CliniClowns in Österreich. Er selbst tourte viele Jahre verkleidet als Clown Dr. Jux durch Spitäler, um kranke Kinder zum Lachen bringen. Seine Botschaft an die stressgeplagten Schulleitungen lautete: Lachen ist die beste Medizin.

Jens Linek, Pressereferent



Lederle spricht **KLARTEXT**

Tempus fugit

Es ist Samstag. Gott sei Dank. Wir sitzen gerade beim entspannten Geburtstagsfrühstück unseres Jüngsten. Mein Gott, ist der groß geworden! Herrlich. Alle haben Zeit und sitzen völlig entschleunigt da. Nicht wie sonst alles irgendwie kurz vor dem Absprung. Dieses Bild hatte in den letzten beiden Jahren absoluten Seltenheitswert. Meine Frau seufzt tief und nimmt genüsslich einen Schluck aus der Kaffeetasse. „Tempus fugit“, bricht es aus ihr hervor. Ich verschlucke mich fast: „Wie bitte? Ich dachte immer, du warst nicht auf so einem altsprachlichen Traditionsdingsbums, oder hast du etwa zu viel Asterix & Obelix gelesen?“ Aber im Grunde hat sie recht. Wie doch die Zeit vergeht.

In der Tat, nicht nur bei unseren Kindern, sondern auch in der Schule. Ich versinke in Gedanken. Schon wieder fast Pfingstferien, dabei hat das Schuljahr doch gefühlt gerade erst begonnen. Und wie jedes Jahr zu diesem Zeitpunkt steht extrem viel an. Die Abschlussprüfungen haben gerade begonnen. Alle sind irgendwie gefühlt entweder mit den Erstkorrekturen beschäftigt – und wie jedes Jahr habe ich da extremes Mitleid mit meinen Deutschlehrkräften – oder war-

ten auf die Zweitkorrekturen, so wie ich. In der Grundschule laufen gerade die Schuleingangstests bei uns. Die letzten Klassenarbeiten laufen auch noch und „business as usual“ ist ja sowieso.

Als wäre dies alles nicht schon genug, scheinen sowohl die Kids als auch wahlweise deren Eltern zu spinnen. Es geht halt aufs Schuljahresende zu und da liegen bei einigen offensichtlich die Nerven blank. Da flatterte neulich schon wieder so eine Mail auf meinen Desktop.

“Hauptsache erst einmal verbal die grobe Keule schwingen ...”

Eine Mutter beschwert sich vehement darüber, dass die Schule nichts tut. Ach, was sage ich, noch nie etwas getan hat. Niemand interessiert sich für die Probleme ihres Sprösslings, dabei werde der immer und ständig von älteren Schülern auf dem Heimweg drangsaliert. Seit Wochen gehe das so. Ohne Anrede in der Mail oder

gar Grußformel zum Schluss. Ich wundere mich nicht nur darüber, denn die junge Klassenlehrerin ist doch eine absolut engagierte Kollegin, die stets ein offenes Ohr für die Probleme ihrer Kids hat. Ich gehe auf sie zu und frage nach. Sie schaut mich nur erstaunt an. Niemand hat offenbar mit ihr darüber geredet. Weder der Junge noch die Eltern. Hellsehen gehört wohl noch nicht zum Ausbildungsstandard am Seminar. Eine Stunde später steht das Ergebnis dann fest: Offenbar handelt es sich um größere Schüler des benachbarten Gymnasiums und auch mit ihrer Co-Klassenlehrerin hatte niemand gesprochen, auch der Junge übrigens nicht. Das gehört wohl zum Zeitgeist. Entschuldigung, natürlich meine ich: O tempora, o mores. Hauptsache, erst einmal verbal die grobe Keule schwingen und bloß nicht mit den Leuten reden, die es betrifft.

So wie neulich in einer WhatsApp-Gruppe der „besonders besorgten“ Eltern. Darin wurde über einen sehr verdienten und beliebten Kollegen hergezogen. Da wird ein Post-Pingpong sondersgleichen entfacht, von wegen, was alles aus der „pädagogisch fundierten“ Sicht der Eltern

schief läuft, und es werden mehrminütige Sprachnachrichten verschickt, die eher an Verbaldurchfall und übelste Verleumdungen im Stile von „Frau Müller muss weg!“ erinnern, als dass sie Gesprächsbereitschaft oder gar einen konstruktiv-wertschätzenden Ansatz erkennen lassen. Da muss sich offensichtlich in stundenlanger Kleinarbeit ausgetauscht worden sein, aber haben diese Mamis etwa schon mit dem Kollegen gesprochen? Ich wette, Sie kennen die Antwort. Verstehe ich das? Nein. Nur ein einziges maximal fünfminütiges Gespräch mit dem Kollegen, und vieles von der subjektiv geäußerten Befindlichkeit der Sprösslinge hätte sich relativiert. Stattdessen wird das, was zu Hause von denen erzählt wird, für absolut genommen, dann in der Gruppe kommuniziert und dort dann noch durch andere Unbeteiligte verstärkt. Es sei ja hinlänglich bekannt, dass der Kollege so sei, und außerdem sei dies schon immer so gewesen. Man kenne ja schließlich jemanden, der so etwas Ähnliches von jemandem schon gehört habe. Am Ende ist aus einer Mücke der viel zitierte Elefant ent-

standen. Hauptsache, möglichst viele Menschen sind mit dem Ego einiger weniger beschäftigt und die Schulleitung muss dann im Nachgang stundenlang die Scherben beseitigen.

Was mich fast so sehr schockiert wie die Wortwahl dieser Muttis, ist das Factum, dass offensichtlich niemand in dieser Elterngruppe einfach mal Stopp gesagt hat oder mit dem Vorschlag um die Ecke bog, das direkte Gespräch, vielleicht auch über die Elternvertreter, zu suchen. Hat sich jemand von diesen Eltern eigentlich schon einmal überlegt, was dies mit dem betroffenen Kollegen macht? Ist denn niemand von denen auf die Idee gekommen, dass Lehrkräfte auch Menschen sind? Wie würden denn genau diese Muttis damit umgehen, wenn klein Finn-Thorben oder Emilia-Emmelie in einer WhatsApp-Gruppe verbal so angegangen würde. Ich höre jetzt schon die empörten Mobbing-Schreie und die guten Ratschläge, was die Schule denn alles dagegen machen muss. Gerne auch schon mal wird präventiv gleich mit dem Anwalt gedroht wegen – da

haben wir sie wieder – der hinlänglich bekannten Unfähigkeit und vor allem Untätigkeit der Schule.

Ich seufze tief, wie meine Frau zuvor, und nehme einen großen Schluck von meinem Tee. Auch dieses Jahr wird es nicht nur wieder Pfingsten werden, sondern auch das Schuljahr enden und wir werden alles Schulische hinter uns gebracht haben. „Bene eveniat!“, sage ich zum Schluss. Meine Frau nickt anerkennend. „Cicero. Alles wird gut. Hauptsache, bald Ferien.“

Dirk Lederle

Schulleiter Johanniter-
schule Heitersheim,
stellvertretender VBE-
Landesvorsitzender



Die Schule von morgen gestalten

10.-12. November 2022, Congress Center Düsseldorf

Infos und Tickets unter: www.deutscher-schulleitungskongress.de

Jetzt
Ticket sichern!

399 €

VBE Mitgliedspreis
bis 30.06.2022
Aktionscode:
DSLK2022VBE





Beyer hilft weiter!

Sehr geehrter Herr Beyer,

derzeit überlege ich, ob ich eine Elternzeit ohne Dienstbezüge in Anspruch nehmen soll. Leider kenne ich mich in der Thematik nicht besonders gut aus, das heißt, ich benötige generell umfassende Informationen und hätte gerne auch die rechtlichen Grundlagen, um meine Überlegungen in diese Richtung abzusichern. Anbei einige persönliche Informationen:

- Der errechnete Geburtstermin ist in ca. drei Monaten.

- Seit sechs Jahren bin ich Beamtin auf Lebenszeit.
- Mein Mann ist selbstständig.
- Aufgrund einer größeren Erbschaft bin ich finanziell unabhängig.
- Ich bin Grundschullehrerin.

Nun möchte ich mir gerne Zeit für meine kleine Familie nehmen. Hoffentlich können Sie mir weiterhelfen oder mir zumindest eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner benennen. Meine Fragen sind folgende: Welche Voraussetzungen braucht es, um eine Elternzeit ohne Bezüge zu beantragen? Wo wird der

Antrag gestellt? Welche Fristen müssen eingehalten werden? Kann man die Elternzeit vorzeitig beenden? Wo beantragt man Elterngeld?

Ich bin seit zehn Jahren Mitglied im VBE und würde mich freuen, wenn ich eine sachkundige Auskunft bekäme, um meine Entscheidung zu untermauern.

Bereits vorab besten Dank für Ihre Bemühungen.

Herzliche Grüße
Karin L.

Sehr geehrte Frau L.,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Gerne versuche ich, Ihnen weiterzuhelfen und Ihre Fragen zu beantworten. Anbei die Rahmenbedingungen für eine Elternzeit ohne Dienstbezüge, einzuhaltende Fristen, Art und Weise der Antragstellung, Elterngeld ...

Nach § 40 Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO) haben Beamtinnen und Beamte Anspruch auf Elternzeit ohne Dienstbezüge, wenn sie insbesondere mit einem Kind, für das ihnen die Personensorge zusteht, in einem Haushalt leben und dieses Kind selbst betreuen und erziehen.

Der Anspruch auf Elternzeit besteht bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres eines Kindes. Die Zeit der Mutterschutzfrist nach § 34 Abs. 1 AzUVO oder § 6 Abs. 1 des Mutterschaftsgesetzes wird auf die Begrenzung nach Satz 1 angerechnet. Bei mehreren Kindern besteht der Anspruch auf Elternzeit für jedes Kind, auch wenn sich die Zeiträume nach Satz 1 überschneiden. Ein Anteil der Elternzeit von bis zu 24 Monaten für jedes Kind ist auf die Zeit bis zur Vollendung des achten Lebensjahres übertragbar, wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen; dies gilt auch, wenn sich Zeiträume bei mehreren Kindern überschneiden. Die Elternzeit

kann, auch anteilig, von jedem Elternteil allein oder von beiden Elternteilen gemeinsam genommen werden.

Die Elternzeit ist spätestens sieben Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem an sie in Anspruch genommen werden soll, zu beantragen. Gleichzeitig hat der Beamte / die Beamtin zu erklären, für welche Zeiten innerhalb von zwei Jahren er/sie die Elternzeit nehmen will. Die Elternzeit kann auf drei Zeitabschnitte verteilt werden. Eine Verteilung auf weitere Zeitabschnitte ist nur mit Zustimmung des Regierungspräsidiums möglich. Unterbrechungen der Elternzeit, die überwiegend auf die Ferien entfallen,

sind nicht zulässig; bei Beginn und Ende der Elternzeit dürfen Ferien nicht ausgespart werden. Der entsprechende Antrag ist elektronisch über das Verfahren STEWI (www.stewi.lobw.de) zu stellen.

Eine vorzeitige Beendigung der Elternzeit ist nur mit vorheriger Zustimmung des Regierungspräsidiums möglich. Auf Antrag und unter Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung über den voraussichtlichen Geburtstermin kann jedoch eine bewilligte Elternzeit zur Inanspruchnahme der Beschäftigungsverbote nach § 32 Abs. 2 und § 34 Abs. 1 AzUVO vorzeitig beendet werden.

Beamten und Beamten wird während der Elternzeit Krankenfürsorge in Form des prozentualen Krankheitskostenersatzes entsprechend den Beihilfevorschriften gewährt. Nach § 47 AzUVO werden auf Antrag während der Elternzeit die Beträge für eine die Beihilfe ergänzende Krankheitskosten- und Pflegeversicherung nach bestimmten Maßgaben erstattet.

Eventuell zu viel gezahlte Dienstbezüge werden vom Landesamt für Besoldung und Versorgung zurückgefordert.

Während der Elternzeit ist eine Teilzeitbeschäftigung für jeden Elternteil, der Elternzeit nimmt, im Umfang von höchstens 30 Zeitstunden wöchentlich bezogen auf eine 41-Stunden-Woche (im öffentlichen Schuldienst sind dies derzeit 73,17 % eines vollen Deputats) zulässig, wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Ferner kann eine Teilzeitbeschäftigung mit weniger als der Hälfte, mindestens aber einem Viertel der regelmäßigen Arbeitszeit – sogenannte unterhältige Teilzeitbeschäftigung in der Elternzeit – bewilligt werden, wenn ein dienstliches Interesse daran besteht. Teilzeitbeschäftigung während der Elternzeit darf nur im Schuldienst ausgeübt werden, es sei denn, es wird eine Ausnahme hiervon zugelassen.

Nach Ablauf der Elternzeit besteht die Möglichkeit einer Beurlaubung oder einer Teilzeitbeschäftigung nach den §§ 69 bzw. 72 LBG.

Wer mit einem Kind, für das ihm die Personensorge zusteht, in einem Haushalt lebt, dieses Kind selbst betreut und erzieht und keine oder keine volle Erwerbstätigkeit ausübt, hat unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf Elterngeld. Das

Elterngeld muss schriftlich bei der L-Bank, 76113 Karlsruhe, beantragt werden. Der Antrag sollte möglichst bald nach Vorliegen der Antragsvoraussetzungen gestellt werden. Elterngeld kann rückwirkend höchstens für die letzten drei Monate vor dem Monat des Antragseingangs gezahlt werden. Antragsformulare sind beim Bürgermeisteramt des Wohnsitzes erhältlich.

Weitere Informationen, auch Antragsvordrucke und Gesetzestexte, finden Sie auf den Internetseiten der L-Bank: <http://www.l-bank.de>

Ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute! Ich hoffe, Ihre Fragen beantwortet zu haben, und stehe Ihnen natürlich zur Verfügung, falls Sie weitere Fragen haben.

Walter Beyer
stellvertretender VBE-
Landesvorsitzender



Buchtipp

Axel Bernd Kunze

Bildung und Religion

Die geistigen Grundlagen des Kulturstaaes – mit einem Geleitwort von Bernd Ahrbeck

Pädagogische und religiöse Fragen hängen eng zusammen. Dieses Verhältnis bleibt auch für den weltanschaulich neutralen Staat bedeutsam. Denn zur Sorge um dessen Kontinuität gehört die Sorge um seine kulturellen Wurzeln. Diese sind politisch-geschichtlich gewachsen und religiös geprägt. Der Band zeigt auf, welche bleibende Bedeutung Bildung und

Religion auch in Zeiten gesellschaftlicher Pluralität für einen freiheitlichen, vitalen und tragfähigen Kulturstaat besitzen. Wo die Sorge um seine geistigen Grundlagen erlahmt, werden über kurz oder lang kulturelle und soziale Verteilungskämpfe einsetzen.

Axel Bernd Kunze ist Sozial- und Bildungsethiker. Er lehrt als Privatdozent für Erziehungswissenschaft in Bonn und ist als Schulleiter tätig.

Reihe Zeitdiagnosen. LIT-Verlag 2022. Broschiert, 156 Seiten. 24,90 Euro. ISBN 978-3-643-15081-3





„Wenn einer, der mit Mühe kaum ...“!

Zur Kritik des Kultusministeriums Baden-Württemberg an der Studie „Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit“ von Hartmut Esser (Universität Mannheim) und Julian Seuring (Leibniz-Institut für Bildungsforschung, Bamberg 2020)

Nach der Landtagswahl 2011 wurde von der neu gewählten grün-roten Regierung in Baden-Württemberg (BW) die Verbindlichkeit der Empfehlungen für den Übergang in die gymnasialen Bildungswege abgeschafft. Die Begründung: Es gebe weniger leistungshemmenden Stress, der Elternwille werde gestärkt und den sozial benachteiligten Kindern der Weg nach oben erleichtert.

Seitdem sind mehr als zehn Jahre vergangen und es hat sich einiges getan: BW ist bei den Leistungen aus der Spitzengruppe, die es bis dahin zusammen mit Bayern und Sachsen gebildet hatte, ausgeschieden; der Abfall war gerade in den unteren Leistungsbereichen zu sehen, und die soziale Durchlässigkeit ist eher gesunken. In aktuelleren Studien zeigte sich dann auch, dass die Verbindlichkeit, anders als stets gedacht, die soziale Bildungsungleichheit keineswegs verstärkt, wohl aber die Leistungsgerechtigkeit des Übergangs erhöht, weil die Eltern gerade aus den oberen Schichten nicht mehr machen kön-

nen, was sie wollen (Esser und Hoenig 2018), dass es stärkere familiäre Aktivitäten, ein größeres Interesse an schulischen Angelegenheiten und höhere Leistungen in der Grundschule schon gibt (Bach und Fischer 2020, Grewenig 2021). Mit der Verbindlichkeit gibt es offenbar besondere Anreize, sich schon früh anzustrengen und um die schulischen Belange zu kümmern.

Unabhängig davon, zusätzlich und auf der gleichen Linie zeigte sich in einer Untersuchung von Esser und Seuring (2020), dass es in den strikter nach den kognitiven Fähigkeiten differenzierenden Bundesländern in der Sekundarstufe weitere Leistungssteigerungen in den Schulklassen mit einer höheren kognitiven Homogenität gibt und dass davon gerade die Kinder in den unteren Bereichen profitieren, dass es also die so oft beklagten Schereneffekte nach oben nicht gibt und es dabei zu keinerlei Verstärkung des Einflusses der sozialen Herkunft kommt, eher im Gegenteil. Über diese Befunde gab es, nicht ver-

wunderlich, alsbald auch eine politische Diskussion und in diesem Zusammenhang Einwände aus der etablierten Bildungsforschung gegen die Befunde bei Esser und Seuring (2020), im Folgenden: ES, insbesondere in einer Replik von Matthewes und Heisig (2022), im Folgenden: MH, auf die sich eine Stellungnahme des Kultusministeriums BW bezieht, nämlich:

„... dass die festgestellten Effekte der Leistungszunahme verschwinden, wenn weitere Ausgangsvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler – wie etwa deren kognitive Eingangsvoraussetzungen – berücksichtigt werden.“ (Landtagsdrucksache 17/1586)

Es ist nicht der einzige Einwand von MH gegen ES, aber der wohl zentrale.¹ Er ist in der Stellungnahme etwas unglücklich formuliert. Gemeint ist wohl das, was MH in der Tat einwenden: Die Effekte der kognitiven Homogenität der Schulklassen in der Sekundarstufe verschwinden, wenn neben den kognitiven Fähigkeiten auch die Leistungen vorher in der

Grundschule statistisch kontrolliert werden. Aus Platzgründen konzentriert sich die Antwort hier auf diesen einen Aspekt. Er durchzieht, das nur nebenbei, die ganze Replik von MH und spielt implizit auch bei Klemm (2020) eine Rolle.

Worum geht es bei MH? Nach dem Modell der Leistungsdifferenzierung, dem theoretischen Kern der Analysen bei ES, werden die Leistungen in der Sekundarstufe direkt von Leistungen vorher in der Grundschule mitbestimmt, und der Effekt ist überall, wo man das geprüft hat, empirisch auch mit Abstand der stärkste. Das legt die Vorstellung nahe, die MH im Abschnitt 3.4 ihrer Replik aufgreifen: Die Leistungen vorher tragen die Systemeffekte und damit eben nicht auch noch das, was in der Sekundarstufe in den Schulklassen und über die kognitive Homogenität geschieht. Die Leistungen vorher müssten daher immer mit den kognitiven Fähigkeiten zusammen kontrolliert werden. Und wenn man das mache, verschwinden alle Systemeffekte der Stringenz (Tabelle 2 bei MH: 14). Alles, was es an Systemeffekten gebe, sei demnach schon in der Grundschule vorhanden, in der Sekundarstufe, wo es ja erst die Differenzierung gebe, passiere weiter nichts mehr. Was ist dazu zu sagen? Es sind fünf Punkte.

1.

Der erste Punkt ist gleich schon der entscheidende: Kognitive Fähigkeiten und Leistungen sind nicht das Gleiche: Die kognitiven Fähigkeiten beinhalten relativ stabile, latente Eigenschaften der schnelleren Informationsverarbeitung, die im Prinzip in allen Umgebungen und für alle Inhalte von Bedeutung sind und sich über die Effizienz des Lernens auswirken: Der gleiche Input erzeugt, *ceteris paribus*, einen höheren Output. Die jeweils erreichten Leistungen spiegeln dagegen jeweils gegebene Bedingungen, von denen das Lernen bei einem wei-

teren Input ausgeht, der aber nicht effizienter verarbeitet werden kann. Das aber heißt: Wenn in der Sekundarstufe die Anforderungen steigen, dann haben die Kinder mit einem höheren Niveau in den Leistungen vorher zwar einen Vorsprung im Wissen, was aber nur denen auf dem weiteren und schwieriger werdenden Weg hilft, die auch die dazu nötigen Potenziale plus kognitiven Fähigkeiten haben.

2.

Daher sind die kognitiven Fähigkeiten und die Leistungen (vorher) auch keine Äquivalente, wenn es um die Effekte in den Schulklassen geht. Es heißt nicht ohne Grund Ability-Tracking – und eben nicht „Achievement“-Tracking. Es ist der Unterschied zwischen Fähigkeiten und angelernten Kompetenzen, Vorwissen und bloßen Test-Performanzen nach einem entsprechenden Einpacken in der Panik (vgl. Esser 2021: Abschnitt 4.1) und entsprechend den Schulklassen, in denen dann viele Kinder mit einem womöglich nur sehr mühsam erworbenem Vorwissen sitzen, das ihnen dann aber nicht viel mehr hilft: „Wenn einer, der mit Mühe kaum ...“! Das Problem wird von einer anderen Seite her besonders augenfällig: Wenn man an Migrantenkinder mit hohem kognitivem Potenzial denkt, die aufgrund von akzidentellen Sprachproblemen die Leistungen in der Grundschule nicht erbringen können, es später locker schaffen würden, so aber fehlplatziert werden, was dann auch die mögliche kognitive Homogenisierung und deren Effekte in der Sekundarstufe verwässert.

3.

Worauf es also beim Ability-Tracking ankommt, ist der Effekt der insgesamt und faktisch entstehenden Verteilung nach den kognitiven Fähigkeiten – gleichgültig über welche einzelnen

Wege das geschieht. Dieser Gesamteffekt wird auch als totaler kausaler Effekt der kognitiven Fähigkeiten und Schuleffekte auf die Leistungen in der Sekundarstufe bezeichnet. In ihnen ist alles enthalten, was dazu führt, darunter auch die Leistungen vorher und die Zusammensetzung der Schulklassen (nur) nach den Kompetenzen.

4.

Wenn es aber um den totalen Effekt der kognitiven Fähigkeiten und Schuleffekte geht, würde bei der Kontrolle der Leistungen vorher, über die ja ein Teil der kognitiven Effekte vermittelt wird, ein Problem entstehen, das als Overcontrol bezeichnet wird (vgl. Elwert und Winship 2014: 35 f.; Rohrer 2018: 38 f.): Man würde etwas kontrollieren, was in dem angezielten Effekt empirisch schon enthalten ist, daher der Ausdruck von der „Über“-Kontrolle. Und statt des angezielten totalen Effektes hätte man nur einen partiellen, aus dem alles, was auf dem gleichen Kausalpfad liegt, herausgerechnet ist.

5.

Die Folge liegt auf der Hand: Der eigentlich interessierende totale Effekt des Ability-Tracking wird künstlich verringert oder auch ganz wegerklärt, von anderen Verzerrungen ganz abgesehen. Und genau das passiert bei MH ja auch: Sie kontrollieren in ihrer Replikation die Leistungen in der Grundschule vorher zusammen mit den kognitiven Fähigkeiten – und die Effekte der kognitiven Strukturen der Schulklassen verschwinden in der Tat weitgehend oder auch ganz. ES hatten auf diese Problematik, das Analyseziel und die Analysestrategie bereits hingewiesen:

„Als erklärende Bedingung für die Leistungen in der Sekundarstufe werden gezielt die kognitiven Fähigkeiten verwendet, individuell wie als

Kontext-Merkmal, und nicht die Leistungen vorher in der Grundschule. Denn darum geht es in den Begründungen für die Differenzierung: Dass sich damit die latenten kognitiven Fähigkeiten entfalten können, auch unabhängig davon, was bis dahin und aktuell an Leistungen gezeigt worden ist.“ (ES 2020: 290)

Die Effekte der Verbindlichkeit auf die Zunahme des Niveaus schon in der Grundschule gehören dabei, anders, als es bei MH dargestellt wird, selbstverständlich auch zu den Systemeffekten der Stringenz: Die Verbindlichkeit bildet neben der Kontrolle den einen zentralen Bestandteil des Konzepts. Dass die Effekte schon vor dem Übergang auftreten, besagt nicht, dass es keine Systemeffekte wären, im Gegenteil: Es zeigt die Reichweite von Regelungen auch für den so wichtigen Aspekt der primären Effekte – bis hinein in die Familien- und für die so wichtigen frühen Phasen der kognitiven Entwicklung und Einstellung auf das, was da noch kommt.

Die Behauptung, es gebe wegen dieser antizipatorischen Effekte danach in der Sekundarstufe keine Wirkungen mehr, lässt sich weder theoretisch noch auch empirisch halten. Und genau das zeigt sich ja bei ES auch in der Dreifach-Interaktion von Stringenz, kognitivem Niveau und kognitiver Homogenität. Die Verstärkung des Effektes der kognitiven Homogenität in der Sekundarstufe, und das gerade in den Schulklassen mit einem geringeren kognitiven Niveau, findet sich zudem selbst in Analysen, die die Leistungen vorher kontrollieren, sie werden nur – artifiziell! – schwächer. Aus Platzgründen kann das hier leider nicht weiter ausgeführt und dokumentiert werden, wohl aber an anderer Stelle und dann ausführlich (Esser 2022, Kapitel 9).

Quellen:

Bach, M., und M. Fischer. 2021. *Understanding the Response to High Stakes Incentives in Primary Education*. In: IZA-Discussion Paper Nr. 13845. Bonn: Forschungsinstitut Zukunft der Arbeit. Institute for the Study of Labor.

Decristan, J., B. Fauth, M. Kunter, G. Büttner und E. Klieme. 2017. *The interplay between class heterogeneity and teaching quality in primary School*. In: *International Journal of Educational Research*, 86: 109–121.

Elwert, F., und Ch. Winship. 2014. *Endogenous Selection Bias: The Problem of Conditioning on a Collider Variable*. In: *Annual Review of Sociology*, 40: 31–53.

Esser, H. 2021. „Wie kaum in einem anderen Land ...“? Die Differenzierung der Bildungswege und ihre Wirkung auf Bildungserfolg, -ungleichheit und -gerechtigkeit. Band 1: Theoretische Grundlagen. 2022. Band 2: Empirische Befunde. Frankfurt/M. und New York: Campus (Band 2)

Esser, H., und K. Hoenig. 2018. *Leistungsgerechtigkeit und Bildungsungleichheit. Effekte der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlungen beim Übergang auf das Gymnasium. Ein Vergleich der deutschen Bundesländer mit den Daten der „National Educational Panel Study“ (NEPS)*. 2018. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70, 419–447.

Esser, H., und J. Seuring. 2020. *Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit. Theoretische Modellierung und empirische Analyse der Effekte einer strikten Differenzierung nach den kognitiven Fähigkeiten auf die Leistungen in der Sekundarstufe und den Einfluss der sozialen Herkunft in den deutschen Bundesländern mit den Daten der „National Educational Panel Study“ (NEPS)*. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 49: 277–301.

Grewenig, E., 2021. *School Track Decisions and Teacher Recommendations: Evidence From German State Reforms*. In: E. Grewenig. *Human Capital and Education Policy: Evidence From Survey Data*. Ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, 96, Kapitel 4: 113–161.

Gröhllich, C., K. Scharenberg und W. Bos. 2009. *Wirkt sich die Leistungsheterogenität in Schulklassen auf den individuellen Lernerfolg in der Sekundarstufe aus? Inn: Journal of Educational Research (online)*, 1: 86–105.

Klemm, K., 2021. *Zu den Effekten kognitiver Homogenisierung. Kritische Bemerkungen zu den Befunden von Hartmut Esser und Julian Seuring*. In: *PeDOCS*. DIPF.

Lorenz, G., S. Lenz und C. Rjosk. 2022. *Effizienz und soziale Ungleichheit in strikt leistungsdifferenzierenden Bildungssystemen. Eine kritische Betrachtung des Model of Ability Tracking (MoAbiT)*, unv. Manuskript, Berlin.

Matthewes, S., und J. P. Heisig. 2021. *Keine Belege für leistungsfördernde Effekte von strikter Leistungsdifferenzierung und kognitiver Homogenisierung: Eine kritische Reanalyse von Esser und Seuring (2020)*. Unv. Manuskript. Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Berlin.

Osikominu, A., G. Pfeifer und K. Strohmaier. 2021. *The Effects of Free Secondary Track School Choice: A Disaggregated Synthetic Control Approach*. In: IZA-Discussion Paper Nr. 14133. Bonn: Forschungsinstitut Zukunft der Arbeit. Institute for the Study of Labor.

Rohrer, J. 2018. *Thinking Clearly About Correlations and Causation: Graphical Causal Models for Observational Data*. In: *Advances in Methods and Practices in Psychological Science*, 1: 27–42.

¹ Aus Platzgründen konzentriert sich die Antwort auf diesen einen Aspekt. Zu den anderen Punkten und den in Landtagsdrucksache auch erwähnten Beiträgen von Klemm (2021) und Lorenz et al. (2022) gibt es eine ausführliche Besprechung bei Esser (2022). Die als Relativierung der Befunde bei ES benannten Studien von Decristan et al. (2017) und Gröhllich et al. (2009) sind dafür nicht relevant: Bei Decristan et al. (2017) geht es um die Grundschule, Gröhllich et al. (2009) finden zwar keine Homogenitätseffekte, dafür aber starke positive Effekte des Gymnasiums, was dem Effekt bei ES entspricht. Beide Studien beziehen sich zudem ohnehin nicht auf Systemeffekte, sondern auf die allgemeinen Zusammenhänge (vgl. dazu Esser 2021, Kapitel 8). Und der Hinweis darauf, dass bei einem höheren kognitiven Niveau eher höhere Effekte der kognitiven Heterogenität auftreten, ist eine Widerlegung der üblichen Vorstellung, wonach es bei Homogenität stets die beklagten Schereneffekte gibt, wonach die Differenzierung die Ungleichheit nach oben vergrößert. Tut sie nämlich nicht.

Akzeptables Tarifiergebnis für den kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst Finanzielle Aufwertung und mehr Entlastung

Am 18. Mai 2022 fand in Potsdam und Berlin die entscheidende Runde der schwierigen Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) statt. Rund 330.000 Tarifbeschäftigte in kommunalen Einrichtungen sind von dem Tarifaabschluss betroffen. Der VBE vertritt die Interessen der Kolleginnen und Kollegen durch seine Mitglieder in der Verhandlungskommission seines Dachverbands, dem dbb beamtenbund und tarifunion.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, kommentierte anlässlich der Tarifeinigung: „Das nach schwierigen Verhandlungen erreichte Ergebnis schafft Verbesserungen in zwei wesentlichen Punkten: Bei der mehr als notwendigen Entlastung der pädagogischen Fachkräfte in den Kitas und den Einrichtungen der Sozialen Arbeit sowie bei der überfälligen finanziellen Aufwertung ihrer Arbeit. Die erzielte Besserstellung ist ein wichtiger Einstieg in die richtige Richtung, der auch mit Blick auf den eklatanten Fachkräftemangel in diesem Bereich und die zwingend erforderliche Erhöhung der Attraktivität des Berufsbildes ein sichtbares Zeichen ist. Gleichfalls – das ist auch klar – müssen in den kommenden Jahren weitere substanzielle Anstrengungen und Verbesserungen auf allen Ebenen folgen. Gerade die monetäre Anpassung ist, auch mit Blick auf die Inflationsrate, nicht ausreichend.“

Beckmann weiter: „Die Beschäftigten in den Kitas und sozialen Einrichtungen arbeiten seit Jahren mit einer dramatischen Personalunterdeckung. Ihre Arbeitsbelastung ist de facto viel zu hoch. Die jüngst vom VBE mit herausgegebene [DKLK-Studie 2022](#) hat offengelegt: In puncto Gesundheit und Gesundheitsprävention ist der Bedarf der Beschäftigten enorm, der Zugang zu adäquaten Angeboten in diesem Bereich ist aber verschwindend gering. Dass die Beschäftigten in den kommunalen Einrichtungen nunmehr bis zu vier Entlastungstage pro Kalenderjahr erhalten, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser muss flankiert werden durch weitere nachhaltige Maßnahmen für den Gesundheitsschutz“.

Die Laufzeit des ausgehandelten Tarifvertrags Entgeltordnung SuE endet am 31.12.2026. Eine Übersicht der Ergebnisse der Tarifeinigung für den Sozial- und Erziehungsdienst finden Sie auf:

<https://www.dbb.de/arbeitnehmende/sozial-und-erziehungsdienst/ergebnis.html>

STEP 2022 – Erhebliche Probleme beim Handschreiben

Nach 2019 haben der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und das Schreibmotorik Institut erneut gefragt, wie es um die Fähigkeiten des Handschreibens der Schüler:innen bestellt ist. Hierbei lag der besondere Fokus auf den Auswirkungen des pandemiebedingten Wechsel- und Distanzunterrichts. An der STEP 2022 („Studie über die Entwicklung, Probleme und Interventionen zum Thema Handschreiben“) zum Schuljahr 2020/21 haben rund 850 Lehrkräfte aus dem Primar- und Sekundarbereich teilgenommen. Kernergebnis der Umfrage: Schüler:innen, die bereits vor der Pandemie Schwierigkeiten beim Handschreiben hatten, sind weiter abgehängt worden. Der Bundesvorsitzende Udo Beckmann kommentierte die Ergebnisse mit Blick auf vergleichbare Umfragen zu den Pandemiefolgen: „Ein weiteres Mal wird sichtbar, wie stark die Folgen der Pandemie die Bildungsungleichheit verstärkt haben. Wer sich vorher schon schwertat, leidet häufig stärker unter den Corona-Einschränkungen. Betroffene Schüler:innen müssen dringend dabei unterstützt werden, die entstandenen Lücken wieder zu schließen.“



Die gemeinsame virtuelle Pressekonferenz von Schreibmotorik Institut und VBE fand am 31. Mai 2022 statt.

Insgesamt meldete gut ein Drittel der befragten Lehrkräfte aus dem Primarbereich und gut die Hälfte der Lehrkräfte aus dem Sekundarbereich zurück, dass sie mit der Entwicklung der Handschrift ihrer Schüler:innen nicht oder gar nicht zufrieden sind. Besonders bei den Schülern, von denen gut die Hälfte bereits 2019 Schwierigkeiten beim Schreiben per Hand hatten, hat sich die im Distanz- und Wechselunterricht ausgebliebene individuelle Förderung bemerkbar gemacht. Hier machten drei Viertel der Lehrkräfte einen leichten oder sogar starken Einbruch der Leistung aus. Bei den Schülerinnen, von denen sich gut ein Drittel mit dem Schreiben von Hand schwertut, sehen 56 Prozent der Befragten eine leichte bis starke Verschlechterung. Aber auch bei denjenigen, die bislang durch gute Leistungen beim Handschreiben glänzten, sieht jede vierte Lehrkraft eine negative Entwicklung.

Beckmann nahm mit Blick auf die jahrelange Unterfinanzierung des Bildungssystems vor allem die Politik in die Pflicht: „Die Probleme sind hausgemacht. Wir leiden seit Jahren an Lehrkräftemangel in den Schulen. Die Situation hat sich in den vergangenen Monaten durch Corona deutlich verschärft. Zudem müssen aktuell weit über 100.000 ukrainische Kinder und Jugendliche in den Unterricht integriert werden. Die Politik muss sich ehrlich machen und den Schulen, aber auch der Gesellschaft offen und transparent vermitteln, was unter den gegebenen Bedingungen leistbar ist und was nicht.“

Trinationales Treffen in Wien im Zeichen großer (bildungspolitischer) Herausforderungen



Vertreterinnen und Vertreter der drei Pädagog:innenverbände GÖD-aps, LCH und VBE beim Empfang durch den österreichischen Bundesminister für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Martin Polaschek (5. v. l.) am 05. Mai 2022 in Wien

Es war das erste Spitzentreffen der D-A-CH-Verbände GÖD-aps aus Österreich, Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) und des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), das nach fast vier Jahren wieder in Präsenz stattfinden konnte. Geladen hatte die österreichische Partnergewerkschaft für den 05. und 06. Mai 2022 nach Wien. Zwei Themen rückten dabei (auch hier) auf die Agenda, die vor vier Jahren noch nicht existent waren. Zum einen, vorausschauend mit Blick in Richtung Herbst 2023, Lernerfahrungen, Strategien und Maßnahmen im Umgang mit den Ein- und Auswirkungen der Coronapandemie in den drei Ländern.

Zum zweiten, ein intensiver Austausch zu den Herausforderungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine und der Integration von Flüchtlingskindern. Über allem stand dabei das alle drei Länder verbindende und die genannten Herausforderungen verschärfende Problem des enormen Fachkräftemangels an Schule und Kita. So waren es vor allem Erfahrungswerte, Ansätze und (gemeinsame) Forderungen in Richtung der Politik, um die Belastungssituation des Personals in den Bildungseinrichtungen sowie die Bildungsqualität und -gerechtigkeit zu verbessern, die im Fokus des diesjährigen trinationalen Austausches standen. Bemerkenswert im positiven Sinne war zudem die Tatsache, dass der österreichische Bundesminister für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Martin Polaschek, die Delegationen zu einem Empfang und persönlichen Austausch zu eben diesen Fragen ins Ministerium geladen hatte. Vereinbart wurde zwischen den drei Verbänden, die gemeinsame Arbeit zu inhaltlichen Themen bis zum kommenden, für 2023 in Deutschland geplanten Treffen, im digitalen Raum fortzuführen.

weatklick

Das Netzwerk für digitale Medien- und Meinungsbildung

Keine Chance für „Fake News“ und Desinformation dank weatklick

Coronapandemie und der Krieg in der Ukraine haben in erschreckender Weise gezeigt, welche Folgen „Fake News“ und gezielte Desinformationen im Netz für die Gesellschaft haben können. Dabei sind in zunehmendem Maße Kinder und Jugendliche

davon betroffen, da sie ihre Informationen vor allem aus dem Internet beziehen. Vertrauenswürdige Informationen von Fakes zu unterscheiden, stellt dabei eine besondere Herausforderung dar. Wie Lehrkräfte ihren Schülerinnen und Schülern helfen können, Nachrichten und Informationen genau einzuordnen, zeigt [„weatklick – Das Netzwerk für digitale Medien- und Meinungsbildung“](#).

weatklick ist ein Projekt der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM e. V.), das sich an Lehrer:innen von weiterführenden und berufsbegleitenden Schulen richtet. Ziel von weatklick ist es, die Lehrkräfte dabei zu unterstützen, das Thema Desinformation nachhaltig in den Unterricht zu integrieren sowie „Fake News“ und Verschwörungsmythen mit den Schüler:innen zu behandeln. Mit Online-Kursen, Webinaren, Fortbildungsveranstaltungen und Unterrichtsmaterialien bietet es grundlegendes Wissen über digitale Medien, Meinungsbildungsprozesse im Internet und die unterschiedlichen Formen und Wirkungsweisen von Desinformation. Alle Angebote sind kostenlos und zudem werbefrei. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann begleitet das Projekt als Mitglied im interdisziplinär besetzten Beirat.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Die unendliche Geschichte – Digitalisierung und Schule



Nicht erst seit Beginn der Pandemie und der dadurch bedingten Schulschließungen hat man das Thema Digitalisierung in Schulen auf der To-do-Liste. Bereits seit der Medienoffensive I und II diskutierte man zugegeben mehr in Fachkreisen, wie digitale Bildung und die dazugehörige Hard- und Software in Schulen etabliert werden können.

Seit 2005 hatten Schulen die Möglichkeit, DAKORA und damit ein Moodle-System zu nutzen, das hauptsächlich von Sekundarstufenschulen genutzt wurde, fast nicht von Grundschulen. Trotzdem fehlte oft der konkrete medienpädagogische Ansatz, wie man das Lern-Management-System (LMS) konkret und nachhaltig in den Unterricht einsetzen kann. Auch seit dieser Zeit gibt es Medienentwicklungspläne, die als Grundlage für die Finanzierung durch die Kostenträger dienen.

Hier sehen wir nun auch das Kernproblem, mit dem wir seit Beginn der Digitalisierung in Schulen zu tun haben. Wir haben auf der einen Seite das Land, das für die Inhalte in Schulen zuständig ist, auf der anderen Seite die Kostenträger, die für die sächliche Ausstattung verantwortlich sind. Selten wurden allerdings aus Sicht von Schülerinnen und Schülern und der notwendigen Medienbildung Pläne entwickelt. Im Mai 2019 änderte sich alles. Der Jahre zuvor vom Bund angekündigte Digitalpakt von 5 Milliarden Euro forderte nun mit einem verbindlichen Medienentwicklungsplan genau diese Sichtweise. Schulen setzten nun in sehr vielen zusätzli-

chen Arbeitsstunden genau diese Forderungen um und verhandelten intensiv mit Schulträgern über notwendige Maßnahmen. Für die Schulen im Land stehen von 2019 bis 2024 rund 650 Mio. Euro bereit. Schon während der ersten Verhandlungen vor 2019 hat der VBE Baden-Württemberg über den VBE Bund Forderungen einbringen können, die dann in die bundesweiten Vorgaben eingeflossen sind, darunter die zusätzlichen Administrationsgelder und die Ausstattung von Lehrkräften mit Dienstgeräten.

Aber auch auf Landesebene konnten wir durch unzählige Gespräche mit Ministerien, Politik, Institutionen wie ZSL, IBBW (früher LS) und Medienzentren und Herstellern von Hard- und Software vieles erreichen. So hat der VBE Baden-Württemberg trotz Widerstands anderer Verbände und des LfDI erreichen können, dass während der Pandemiezeit nahezu alle Systeme von Schulen genutzt werden konnten, damit Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und Schulleitungen arbeitsfähig blieben und nicht erst wochenlang Systeme aufwendig einrichten und erlernen mussten. Hier hat der VBE auch erreichen können, dass neben Moodle mit itslearning ein weiteres LMS im Land verfügbar ist.

Doch nicht nur die pädagogische Seite begleiten wir intensiv. Der VBE Baden-Württemberg hat intensive Gespräche mit dem IBBW geführt und konnte unter anderem erreichen, dass die elektronische Statistik mithilfe von ASV-BW um ein Jahr verschoben

wurde. Auch weitere Fortbildungsmaßnahmen konnten wir erreichen. Es steht aber noch sehr viel Arbeit an. Nach dem Digitalpakt ist vor dem Digitalpakt. Bereits seit 2019 stehen wir auf Bundes- und Landesebene mit der Politik und den Ministerien in Kontakt und diskutieren über die Fortführung der Finanzierungen, damit die jetzt mühsam erarbeiteten Ergebnisse auch wirklich weitergeführt werden können. In den kommenden Wochen und Monaten stehen hierfür noch viele weitere Gespräche an, damit wir unsere Forderungen auch weiterhin umsetzen können:

- Ausbau der Mittel für Kreismedienzentren
- Tragfähige Finanzierungspläne für die nächsten Jahrzehnte
- Dauerhafte Finanzierung von Administrationsstellen
- Dienstgeräte für alle Lehrkräfte unabhängig vom Deputat
- Weitere Verbesserungen in ASV-BW
- Anbindung aller Schulen an schnelle Datenleitungen

Oliver Hintzen

Schulleiter an der
Johann-Belzer-Grund-
und Werkrealschule
Weisenbach-Forbach,
stellvertretender VBE-
Landesvorsitzender



Aufstiegslehrgang und Bestenauslese!



Bestenauslese ist gesetzlich im Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz und im § 9 Beamtengesetz verankert.

Es wurde bisher davon ausgegangen, dass ausschließlich Fachlehrkräfte, die die Vorgabe der Bestenauslese erfüllen, nachdem sie erstens 12 Jahre in der Laufbahn beschäftigt waren, zweitens in Stufenleitungs- oder Fachbetreuerstellen eingesetzt sind (AZ-Stellen) und drittens von ihrer Schulleitung als dienstliche Beurteilung die Note 1,5 oder 1 erhalten haben, befähigt sind, Aufstiegslehrgänge zu absolvieren.

Die Note „sehr gut“ wird laut Info von Aufstiegsbewerberinnen und -bewerbern äußerst zögerlich gegeben und kann sogar bei Schulleitungswechsel bis zu zwei Noten abrutschen.

Die oben beschriebenen Qualifikationskriterien sind veraltet und überholt. Verantwortliche Stellen gingen davon aus, dass die Übernahme einer Stufenleitungs- oder Fachbetreuungsposition (Fachlehrkräfte mit einer Z-Stelle) dazu führt, berufliche Kompetenzen von Fachlehrkräften zu optimieren und perspektivisch das Potenzial für Schulleitungstätigkeiten zu entfalten.

Zitat einer Stellungnahme des Kultusministeriums aus einem Antrag (Drucksache 16/5604 vom 29.01.2019),

der von Landtagsabgeordneten der SPD und FDP zur Situation der Fachlehrkräfte gestellt wurde:

Mit der Übernahme der Funktion als Stufenleiterin/Stufenleiter oder der Funktion als Fachbetreuer/Fachbetreuerin ist eine koordinierende Tätigkeit verbunden, die in der Regel auch mit der Übernahme einer höheren Verantwortung einhergeht. Über diese Erfahrung verfügt eine Fachlehrkraft in A 10 oder A 11 bzw. eine Technische Lehrkraft in A 11 im Regelfall nicht.

Es folgt eine Aufzählung von „Bestenauslese-Tätigkeiten“, die nachweislich schon lange vor 2019 von an Fachseminaren ausgebildeten Fachlehrkräften aller Bereiche und vor allen Dingen der Besoldungsgruppe A 9 und E 9 erledigt wurden und immer noch werden.

1. Stundenpläne und Vertretungspläne erstellen
2. Planung, Organisation und Durchführung von Praktika und ähnlichen schulischen Aktionen
3. Fortbildungen für alle Lehrkräfte
4. Fachliche Beratung zu Schulräumen, Materialien, pädagogische Umsetzung fachlicher Themen u. Ä.
5. Klassenleitung durch musisch-technische Fachlehrkräfte in allen Schularten
6. Unterrichten von fachfremden

und wissenschaftlichen Fächern wie Mathe, Deutsch, Fremdsprachen, Physik, Chemie, Sachkunde usw.

7. Erstellen von Diagnoseberichten in SBBZ
8. Planung, Organisation und Durchführung von schulischen und außerschulischen Veranstaltungen jeglicher Art
9. Multiplikation neuer Bildungspläne und anderer jeweils aktueller Themen
10. Kooperation mit schulischen und außerschulischen Partnern

Von ca. 9.000 Fachlehrkräften in Baden-Württemberg könnten etwa 600 bis 1.000 Betroffene sofort den Aufstiegslehrgang durchlaufen und so dem Lehrer- und Schulleitermangel entgegenwirken, die Qualität in unseren Bildungseinrichtungen verbessern, angemessen besoldet werden und höchst gestresste Kolleginnen und Kollegen entlasten.



Rose Mohr
VBE-Referatsleitung
Fachlehrkräfte



Bild links: VBE-Frauen mit Udo Beckmann, links neben ihm Simone Fleischmann (BLLV-Präsidentin).
Bild unten: Verabschiedung von Udo Beckmann.
Fotos: Gerhild Dickgiesser
Bild ganz unten: Frauenvertreterinnen VBE BW Mirjam Wülk und Gerhild Dickgiesser in Berlin.
Foto: Mirjam Wülk

Hauptversammlung der VBE-Frauen in Berlin 2022

Vom 12. bis 14. Mai 2022 trafen sich die Frauen aus 13 Bundesländern zum Seminar und zur Hauptversammlung. Der Titel des Seminars lautete: „Female Empowerment – wie gelingt der Aufstieg in Schule und Gewerkschaft?“

Leider war unsere Bundessprecherin Tanja Küsgens kurzfristig erkrankt, sodass ihre Stellvertreterin Maria Stöckel die Veranstaltung leitete. Eine durchaus gelungene Premiere der jungen Kollegin vom VBE-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern.

Als erste Dozentin war Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, digital zugeschaltet. Sie berichtete über ihre Arbeit und machte auf den Gewerkschaftstag am 22.11.2022 aufmerksam, für den im Moment Anträge formuliert werden. Einer ihrer Arbeitsschwerpunkte ist das geschlechtergerechte Steuerrecht. Auch setzt sie sich ein für die Nachwuchsförderung, die Notwendigkeit von Sozialarbeiterinnen und -arbeitern an Schulen, mehr Lehrende und dafür, dass an den Ganztagschulen für das Betreuen der Kinder zusätzliche Personen von den Kommunen eingestellt werden müssen.

Simone Fleischmann, Präsidentin des BLLV, informierte über ihre Arbeit und die aus ihrer Sicht brennendsten Themen: Auch in Bayern gibt es zu wenig Lehrkräfte, die Teilzeit wird überall beschnitten, Teilzeit aus sonstigen Gründen gibt es nicht mehr. „Die Politik muss die Öffentlichkeit aufklären, dass es zu wenig Lehrer/-innen und Erzieher/-innen gibt. Diese Berufe müssen attraktiver werden!“

Auch der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann nahm sich die Zeit, um bei der diesjährigen Hauptversammlung vorbeizuschauen. Er stellte den dbb-Gewerkschaftstag 2022 vor, an dem unter anderem Neuwahlen stattfinden werden. Kandidatinnen sind u. a. Milanie Kreutz und Simone Fleischmann. Da Udo Beckmann im Dezember 2022 in den wohlverdienten Ruhestand gehen wird, nutzten die VBE-Frauen die Gelegenheit, sich von ihm zu verabschieden und ihren Dank für die langjährige Verbundenheit auszusprechen. „Du hast unsere Hauptversammlung jedes Jahr begleitet und warst hier ein gern gesehener Gast!“, so Maria Stöckel.

Der zweite Tag startete mit der Diplompsychologin Anette Rüdth. Sie refe-



rierte darüber, wie Frauen sich in gemischtgeschlechtlichen Gremien mehr Gehör verschaffen können. Die Psychologin bewies durch Berufsbiografien von Männern und Frauen die „gläserne Decke“ und machte Mut: „Frauen müssen lauter werden!“ Sie zeigte auf, dass männliche und weibliche Kommunikations- und Konfliktstile oft sehr verschieden sind, was laut der Teilnehmerinnen so manches erklärte. Sie unterstrich die Bedeu-

Referat Frauen

tung einer guten Gesprächsvorbereitung und ehrlichen Selbstreflexion, wie man eigene Fallstricke erkennen und gegensteuern kann. Umgang mit Einwänden und Emotionen des Gesprächspartners und selbstbewusste Körpersprache waren weitere Themen ihres sehr wertvollen und kompetenten Vortrages. Ein weiterer Gast war Denise Loop, Obfrau der Grünen im Familienausschuss, mit 27 Jahren jüngstes Mitglied im Bundestag. Sie erzählte von ihrem Werdegang und berichtete, wie sie als „Quotenfrau“ in den Bundestag kam. „Eine Quote will eigentlich keiner. Man braucht sie aber, sonst werden die Frauen weggeboxt“, so ihre Erfahrung aus der Politik.

Die Tatsache, dass es in der Geschichte und der Politik nur wenige bekannte weibliche Vorbilder gebe, erschwere es Frauen, sich in der politischen Männerwelt durchzusetzen. Ebenso Hürden wie informelle Räume, unsichtbare Codes und Wissenstransfer innerhalb bestehender Netzwerke. Loop berichtete allerdings auch von zahlreichen positiven Erfahrungen, wie der auch überparteilichen Solidarität und

Unterstützung, die ihr als Neuling entgegengebracht wurden – auch von männlichen Kollegen. Das lässt hoffen! Zu guter Letzt sprach Anne Röwer, Leiterin der Kommunikationsabteilung, über „Parität fordern – und dann? Und wie? Und warum eigentlich?“. Es gehe dabei nicht nur um Frauen in Führung, sondern auch um Mitgliedergewinnung und -haltung, auch während der Familienphase. Der Begriff „Parität“ wurde hierbei kritisch hinterfragt: „Geht es nur um die hälftige Besetzung von Gremien mit Frauen und Männern oder auch um Alt und Jung und weitere Diversitätskategorien?“ Sicher ein Thema, das nicht nur im Kreise der VBE-Frauen diskutiert werden sollte.

In dem Vortrag wurden auch mögliche Wege aufgezeigt, wie Jugend und Frauen in die Gewerkschafts- und Vorstandsarbeit eingebunden werden könnten. Vorschläge hierzu waren beispielsweise der Aufbau eines Nachwuchszirkels oder die Entwicklung eines Mentorenprogrammes. Alle Teilnehmerinnen waren sich hier einig: Es soll und darf bei diesem Thema nie

darum gehen, an bestehenden Teams „zu sägen“. Stattdessen geht es darum, Menschen zu akquirieren und zu fördern, die in 5 oder 10 Jahren Verantwortung innerhalb des Verbandes oder der Gewerkschaft übernehmen wollen, auf allen Ebenen, von den Kreisverbänden über einzelne Projekte bis in die Leitung hinein. Im anschließenden Austausch stolperten die Teilnehmerinnen über den Begriff „Frauenvertretung“. Wie grenzt sich hier das Amt der „Chancengleichheitsvertretung“ ab? Oder sollte man eher von der/dem „Gleichstellungsbeauftragten“ sprechen? Auch hier gibt es noch viel zu tun.

Ein letzter wichtiger und sehr interessanter Programmpunkt waren die Berichte der Frauenvertretungen der Bundesländer. Bei allen dem Föderalismus geschuldeten Unterschieden zeigte sich eine traurige Gemeinsamkeit: Überall in Deutschland herrscht ein enormer Mangel an Lehrkräften und an pädagogischem Fachpersonal. Mit fatalen Folgen für die gesamte Gesellschaft.

Mirjam Wülk, Gerhild Dickgiesser

Einwurf

Alle Jahre wieder

Keine Angst, es ist nicht schon wieder Weihnachten. Aber alle Jahre wieder kommt zu den Sommerferien das gleiche Thema auf. Lehrkräfte, die nicht ins Schema bzw. in den Haushalt passen, schickt unsere Landespolitik regelmäßig zu den Sommerferien „in die Wüste“. Dabei ist es egal, auf welche Partei wir zeigen. Alle müssten sie ein schlechtes Gewissen haben. Es kommt nämlich nicht auf das Farbenspiel an, sondern auf die Rolle, die sie gerade spielt. Ist sie in der Regierung, dann ist gerade kein Geld da, als Opposition pocht man selbstverständlich

darauf, dass Lehrkräfte und Nichterfüller Anspruch auf Durchbezahlung hätten und dass man so die soziale Diskriminierung endlich abschaffen müsse. CDU und FDP haben es bis 2011 so jahrelang geschafft, durch rechtzeitige Entlassung von Angestellten zu den Sommerferien 1,5 Monate Gehalt einzusparen, bevor man diese bereitwilligen Menschen wieder dringend und dankbar Mitte September zum Arbeiten holte (wenn sie noch da waren). 2011 dann die große Chance: Die SPD, die jahrelang auf soziale Gerechtigkeit pochte, kam mit den Grünen ans Ruder und hätte nun mit eigenem Finanzminister (Nils Schmid) einen sozialen Riesensprung für diese Lehrpersonen nach vorne machen können. Doch außer Äußerungen einzelner Politiker gab es nicht einmal einen Anlauf zum großen Sprung. Und nun die Idealkombination: Wissenschaft, Kultus, Finanz und Ministerpräsident, alle Ressorts sind in grüner Hand. Jetzt kann doch wahr werden, was auch die Grünen als damalige Oppositionspartei immer wieder forderten. Aber es ist halt so, wie eine bekannte Redensart formuliert: Wer will, findet Wege, wer nicht will, findet Gründe. Nicht wahr, Herr Minischdabäsident?

jo-kl



Ansprechpartner für schwerbehinderte und gleichgestellte Lehrkräfte im VBE



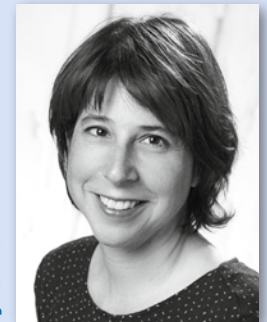
Nadine Possinger
Referatsleiterin
Nadine.Possinger@vbe-bw.de



Oliver Hintzen
Referatsleiter
Oliver.Hintzen@vbe-bw.de



Ursula Hils
Ansprechpartnerin
im VBE Nordbaden
Ursula.Hils@vbe-bw.de



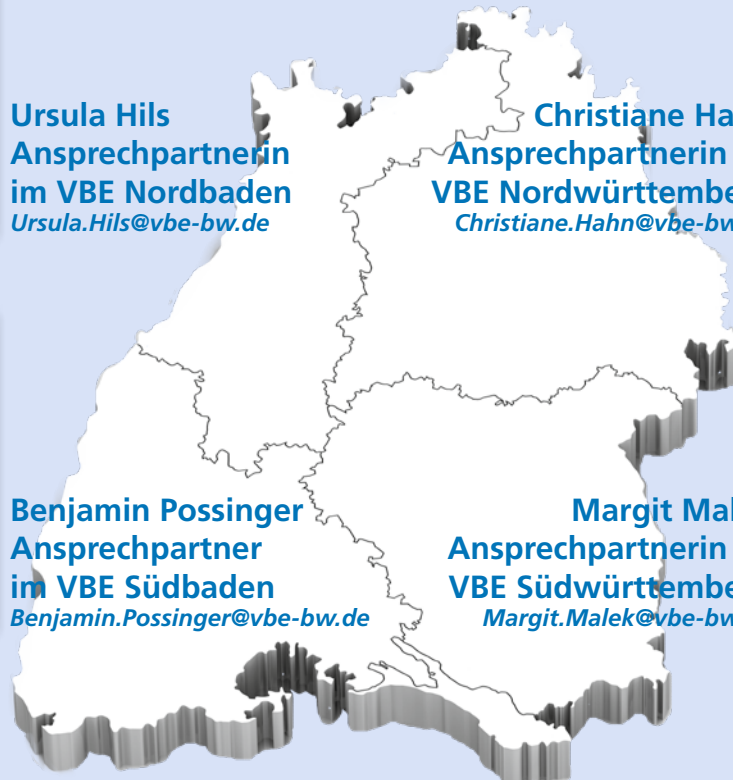
Christiane Hahn
Ansprechpartnerin im
VBE Nordwürttemberg
Christiane.Hahn@vbe-bw.de



Benjamin Possinger
Ansprechpartner
im VBE Südbaden
Benjamin.Possinger@vbe-bw.de



Margit Malek
Ansprechpartnerin im
VBE Südwürttemberg
Margit.Malek@vbe-bw.de



Wir beraten Sie gerne zu folgenden Themen:

Wiedereinstieg nach längerer Erkrankung (Rekonvaleszenz), BEM-Verfahren, Anerkennung einer Schwerbehinderung, jährliches Teilhabegespräch, Gleichstellung, Dienstunfähigkeit, begrenzte Dienstfähigkeit, anderweitige Verwendung, Ruhestand mit Schwerbehinderung, Altersteilzeit für Schwerbehinderte ...



Kommission der dbb jugend (v. l.): dbb-jugend-Chef Matthäus Fandrejewski, Janna Melzer (DVG-Jugend), dbb-jugend-Vize Daria Abramov, Anne Klotz (Junger DBSH), Maximilian Schmieding (Junge Philologen), dbb-jugend-Vize Claudio Albrecht, Michael Haug (Junge Polizei), Tim Lauterbach (BDZ-Jugend), dbb-jugend-Vize Sandra Heisig, Dominik Konther (Gewerkschaft der Sozialverwaltung), dbb-jugend-Vize Toni Nickel und Alexander Lipp (Junger VBE). Foto: dbb jugend

Bereit für ein Update: Mehr Mut. Mehr Engagement. Mehr Jugend.

„In den kommenden Jahren gehen Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand. In Anbetracht der schon heute bestehenden Personallücke von mehr als 300.000 Beschäftigten muss der Staat schleunigst aus seinem Dornröschenschlaf erwachen und sich im Wettbewerb um die besten Köpfe als attraktiver Arbeitgeber positionieren.

Das schafft man nur mit modernen Arbeitsbedingungen, zeitgemäßer technischer Ausstattung und echten Perspektiven“, warnt dbb-Chef Ulrich Silberbach und unterstützt mit seinen Worten die Forderungen der dbb jugend am 19. Bundesjugendtag. Dieser fand am 6. und 7. Mai in Berlin unter dem Motto „Bereit für ein Update: Mehr Mut. Mehr Engagement. Mehr Jugend“ statt.

Ziel der fast 250 Delegierten war es, die neue Bundesjugendleitung zu wählen, welche die politische Richtung der dbb jugend für die nächsten fünf Jahre bestimmt.

Als Nachfolger von Karoline Herrmann wurde Matthäus Fandrejewski aus der kombi jugend zum neuen Vorsitzenden der dbb jugend bestimmt. Sein Team wird ergänzt durch Sandra Heisig von der DSTG-Jugend (Deutsche Steuer-Gewerkschaft) als 1. stellvertretende Vorsitzende sowie Daria Abramov (kombi jugend / kombi gewerkschaft), Claudio Albrecht (GDL-Jugend / Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) und Toni Nickel (Junge Polizei / Deutsche Polizeigewerkschaft) als weitere stellvertretende Vorsitzende der Bundesjugendleitung. Gleichzeitig wurde auf dem Bundes-

jugendtag auch die Jugendpolitische Kommission gewählt. Sie (dient als Stütze und) stellt das wichtigste Beratungsgremium der Bundesjugendleitung dar. Der neue Vorsitzende ist Maximilian Schmieding (Junge Philologen), sein Stellvertreter ist Michael Haug (Junge Polizei). Der Junge VBE wird von Alexander Lipp aus dem BPV (VBE-Landesverband Brandenburg) vertreten. Weitere Mitglieder sind Anne Klotz (Junger DBSH), Dominik Konther (Gewerkschaft der Sozialverwaltung / dbb Bayern), Janna Melzer (DVG-Jugend / dbb hessen) und Tim Lauterbach (BDZ-Jugend).

Der Junge VBE beglückwünscht das neu gewählte Führungsteam und schickt viel Kraft für die kommenden Aufgaben, die es zu bewältigen gilt.

Mira Brühmüller

Schulung der Kreativmuskeln

„Beim Zeichnen ist es wie mit allen Tätigkeiten: Übung macht den Meister!“, verkündet Vasiliki Mitropoulou, Referentin des „Sketch and Teach“-Workshops Mitte Mai beim Junglehrervertretertreffen in Pforzheim.

Einige wagten sich zunächst zögerlich, ob ihrer eigenen künstlerisch-kreativen Fähigkeiten, an den Workshop heran. Doch schon nach kurzer Zeit waren die letzten Zweifel ausgeräumt und alle waren mit Begeisterung beim Zeichnen von sogenannten „Containern“, die den Fokus der Schülerinnen und Schüler auf ein wichtiges Thema legten. Auch lernten wir, Symbole mit wenig Zeitaufwand aufs Papier zu bringen und einfache Zeichnungen von Figuren anzufertigen. Am Ende der kurzweiligen und praxisnahen Veranstaltung waren alle

motiviert, das Gelernte möglichst bald im Klassenzimmer umzusetzen. Natürlich kam auch der umfassende Austausch über die Arbeit der Junglehrervertreterinnen und -vertreter in den Kreisverbänden nicht zu kurz. Das Leitungsteam Mira Brühmüller und Sabine Gärtner stellte seinen Tätigkeitsbericht vor und informierte über zurückliegende Veranstaltungen, die seit dem letzten digitalen Treffen im Herbst stattfanden.

Hierzu zählen unter anderem das aktualisierte Positionspapier, der Vortrag „Der Übergang vom Studium in den Vorbereitungsdienst“ oder die Moderation von „Fit für den Vorbereitungsdienst“. Alle Teilnehmer äußerten sich erleichtert, dass nun wieder vermehrt Veranstaltungen in Präsenz stattfinden können.



Das Team des Jungen VBE: Hintere Reihe v. l.: Sabine Gärtner, The-Hop Le Nguyen, Pia-Alexa Kleiner, Annika Melchies, Eva Schnatterbeck, Hannah Schnatterbeck. Vordere Reihe v. l.: Mira Brühmüller, Nadja Ben Dallal, Nadine Possinger. Bild unten: Im Workshop

„Sketch and Teach“ lernten die jungen Lehrkräfte Visualisierungstechniken für ihre Unterrichtspraxis kennen.



www.instagram.com/junger_vbe_bw



www.facebook.com/JungerVBEBW



Junger VBE Positionen

Berufsorientierungs-Konzept

VBE Baden-Württemberg

Landesreferat

Realschule



Bestandsaufnahme

1. Die Vermittlung beruflicher Bildung beginnt zu spät und ist insgesamt zu wenig nachhaltig. Schülerinnen und Schüler kommen in der Folge zu spät mit den Möglichkeiten einer beruflichen Ausbildung in Kontakt.
2. Berufsorientierung in BW entspricht flächendeckend einem unstrukturierten Minimalkonsens, dessen Ausgestaltung zu sehr standort- und personenabhängig ist.
3. BO findet überwiegend auf ehrenamtlicher Basis statt. Qualität und Nachhaltigkeit werden durch hochqualifizierte Lehrkräfte sichergestellt, diese müssen dafür umgehend angemessen entlastet werden.
4. Die Annahme, dass Schülerinnen und Schüler grundlegend selbstständig den Übergang in eine entsprechende Fachkräfteausbildung finden ist eine überholte Fehlannahme. Berufseinstiegsberater, angesiedelt bei der Agentur für Arbeit, müssen deshalb an jeder Schule verlässlich angebunden werden, um diese Übergänge entsprechend begleiten zu können. Dabei ist es wichtig, dass diese Personen langfristig am Standort verfügbar sind (Begleitung in Ausbildung und Betreuung in Ausbildung, regionaler Netzwerkaufbau).
5. Die Kriterien für Praktika müssen landesweit verbindlich geregelt werden. Diese sollten sein: Ausbildungsbetrieb, abschlussbezogen, im Nahbereich, einheitliche Dauer (2 Wochen in KS 8 und 2 Wochen in KS 9). Für Nachhaltigkeit sorgt der Praktikumsbesuch durch die Lehrkraft, um im Anschluss ein entsprechendes Reflexionsgespräch führen zu können. Es ist ausgeschlossen, dass dies außerhalb der Dienstzeit stattfindet. Doppelbelastungen müssen ausgeschlossen sein. Qualität geht anders!
6. Digitale Bildungsangebote und Messen, Mailings und Flyer der Betriebe und Kammern erreichen die Zielgruppe nicht angemessen. Die Annahme, dass Praktika und Ausbildungen selbstständig oder allein mit familiärer Unterstützung gesucht und gefunden werden, trifft für eine wachsende Zahl nicht mehr zu. Auch die Kammern sind hier stärker in der Pflicht, mit konkreteren Angeboten die schulische Präsenz zu verstärken, zum Beispiel mit konkreten Praktikums- und Ausbildungsplatzangeboten.
7. Aus der Praxis für die Praxis! Der Handlungsdruck ist hoch, die Probleme zu drängend, um langfristige Fortbildungs- und Qualifikationsreihen vorzuschalten. Die Novellierung des Erlasses muss mit dem nötigen Pragmatismus und der notwendigen Praktikabilität erfolgen. Es darf nicht sein, dass der Organisationsaufwand, durch landesweite BO-Tage und kommunikationsintensive Austauschforen zu Best Practice Beispielen, auf die Kolleginnen und Kollegen noch weiter steigt.
8. Standortbezogene Modelle und Besonderheiten sollen möglich bleiben, wenn sie beispielsweise über das Konzept hinausgehen oder das Modell ergänzen. BO kann kein Minimalkonzept sein, sie ist der zentrale Markenkern beruflicher Bildung an den Realschulen in unserer Wirtschaftsregion BW.
9. Kooperationszeit für BO-Lehrkräfte zur Koordination mit außerschulischen Partnern, zur innerschulischen Planung und zur Durchführung regelmäßiger „Runder Tische“ mit allen BO-Beteiligten, muss planbar sein, dazu benötigen die Lehrkräfte Deputatsentlastungen.
10. Landesweite Einführung eines begleitenden Berufswahlpasses BW als allgemein vorausgesetzter Anhang zum Praktikums- bzw. Bewerbungsanschreiben (Welche Bausteine habe ich in der beruflichen Bildung absolviert?).



Drei Säulen einer qualifizierenden Berufsorientierung/ Berufsorientierung 2.0 Realschule

I Curriculare Berufsbildung	II Praktika	III Übergangsmanagement
- Fest verankertes und fachbezogenes Curriculum von KS 5-10 - Externe Bausteine (Messen, Präsenz der Kammern, Betriebserkundungen, BIZ) - Individuelle Kompetenzermittlung und individuelle Dokumentation - Berufswahlordner von KS 5-10 - Trainings: Benimm, Flexibilität, Vorstellungsgespräch, Telefontraining (externe Bausteine)	- Dauer: 2 Wochen in KS 8, 2 Wochen in KS 9 - Landeseinheitliche Praktikumsunterlagen: Praktikumsverträge, kompetenzbezogene Rückmeldungen - Ausbildungsbetriebe im Nahbereich* - Realitätsbezug: Ausbildungsberufe mit HSA/RSA, kein Praktikum im familiären Bereich - Hochwertige Betreuung durch Lehrkräfte mit angemessener Befreiung** - Reflexionsgespräch mit SuS nach dem Praktikum (Grundlage: Kompetenzermittlung, Praktikumsrückmeldungen)	- Landesweite, valide Datenlage schaffen: a) Ausbildung: Gesamt? Erfolgreich? Abbrüche? b) Weiterführende Schulen: Gesamt? Erfolgreich? Abbrüche? - BEREB*** an jedem Standort: Netzwerkpflege, Individualbetreuung, Training zum Übergang, Begleitung bei Bedarf auch nach Abschluss - Reflexive Anpassung schulischer BO-Elemente an Standortmerkmale

* Nahbereich: vertretbar erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln

** angemessene Entlastung: Freistellung der betreuenden Lehrkräfte, Richtmarke eine Zeitstunde pro Schülerin und Schüler

*** Berufseinstiegsberaterin/Berufseinstiegsberater



Forderungen

- Curricular aufbauendes Konzept zum kontinuierlichen Erfahrungsgewinn in der Berufswelt von KS 5 bis 10, d.h. kein unkontrollierter Workshop-Mix durch maximale Auslagerung an außerschulische Bildungspartner
- Gezielte Reflexion bezogen auf individuelle Kompetenzen, um einen Realitätsabgleich zu gewährleisten.
- Feste und verbindliche Begleitung bis zum und während des Übergangs
- Schaffung einer sicheren Datenlage zur Verifizierbarkeit der Maßnahmen
- Angemessene Entlastungen im Deputat für BO-Lehrkräfte, mehr Qualität braucht auch mehr Kapazität
- Vier Wochen Praktikumsdauer in Ausbildungsbetrieben (zum Beispiel 2 Wochen in KS 8, 2 in KS 9)
- Externe und standortbezogene Berufsausbildungsbegleiter mit Netzwerk von Ausbildungsbetrieben an jeder Schule, gebunden an gesicherte Finanzierung der Stellen
- Sinnvolles Netzwerk von Betrieben in Handwerk, Industrie und Handel
- Erarbeitung eines BO-Konzeptes durch eine praxiserfahrene Experten-Gruppe, die sich an den konkreten Erfahrungen aus der Praxis orientiert
- Novellierung des Erlasses mit konkreter allgemeinverbindlicher Struktur

Markus Kempke,
VBE Landesreferatsleiter Realschule



Endlich wieder Veranstaltungen: Besuch im Heuneburgmuseum



Viele Senioren hatten sich dazu angemeldet, sodass ich einigen sogar absagen musste, weil die Besucherzahl bei Führungen begrenzt ist.

Pünktlich trafen alle ein, und es konnte losgehen. Nun konnten wir in die Welt der Kelten eintauchen. Dabei erfuhren wir, dass die Kelten auf der Heuneburg keine großartigen Kämp-

fer waren, wie sicher viele dachten, sondern sich eher mit dem Handel abgegeben hatten. Es ließen sich nämlich keine großen Waffen finden, sondern mehrere Dinge, die mit Schönheit und Genuss zu tun hatten. Auch waren sie mit Griechen und anderen Völkern in Handelsbeziehungen verbunden. Nach dieser besonderen Führung hatten die Senioren Lust

auf Kaffee und Kuchen und besuchten das Zollhaus in Herbertingen. Dort ließen sie sich nieder und besprachen noch einmal das Erlebte. Gegenständig lernten sie auch andere Senioren kennen und genossen den Tag.

Bald steht wieder eine neue Veranstaltung bevor und alle freuen sich schon darauf.
Hilde Boeker

Seniorinnen und Senioren helfen ukrainischen Flüchtlingen



Mitte Mai dieses Jahres trafen sich die beiden Mitglieder der Geschäftsführung der VBE-Bundesseniorenvertretung, Max Schindlbeck und Gerd Kurze, zu einer Videokonferenz.

Neben der Vorbereitung der Jahrestagung im Herbst, der Besprechung von Infos der BAGSO und Überlegungen zur dbb bundesseniorenvertretung war das Hauptthema eine nicht repräsentative Umfrage zur Beteiligung

von Lehrerinnen und Lehrern im Ruhestand an der Hilfe für geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer.

Es zeigte sich, dass fast die Hälfte der Ruheständlerinnen und Ruheständler im Lehrerbereich sich in den verschiedensten Bereichen engagieren. Schwerpunkte sind die angebotenen Sprachkurse für Kinder und Erwachsene. Hier geht es darum, die meist jungen Frauen so weit fit zu machen,

dass sie ohne Hilfe ihren Alltag in Deutschland sprachlich bewältigen können. Ein Problem ist allerdings, dass viele Ukrainerinnen und Ukrainer noch nicht geimpft sind und deshalb vor jeder Stunde getestet werden müssen. Aber auch diese Hürde meistern die Flüchtlingshelferinnen und -helfer mit großem Engagement.

Max Schindlbeck
Bild: Stefan Schindlbeck



Jahrestagung der VBE-Seniorinnen- und -Seniorensprecher am 2. und 3. Juni 2022 in Pforzheim

Nach längerer pandemiebedingter Zwangspause konnten wir endlich unsere schon längere Zeit geplante zweitägige Seniorensprecher-Jahrestagung in der ersten Juniwoche wieder durchführen. Diese Tagung in Pforzheim verfolgte gleich mehrere Ziele:

- wie man sich im Rahmen der Teambildung besser persönlich kennenlernen kann,
- wie sich die Seniorenarbeit auf allen Verbandsebenen transparent und austauschbar darstellen lässt,
- wie man neue Ideen in die VBE-Seniorenarbeit einbringen und für alle VBE-Ebenen umsetzbar machen kann,
- wie die landesweiten VBE-Seniorentage 2022 zu koordinieren und bereits für 2023 thematisch vorzuplanen sind
- sowie die fachliche Beratungskompetenz in einzelnen seniorenbezogenen Themen zu stärken ist.

Ein weites Feld, das es zu bearbeiten gab und zu dem alle Teilnehmer/-innen aktiv und engagiert beitrugen. Walter Beyer, stellvertretender VBE-

Landesvorsitzender ermöglichte uns Ruheständlerinnen und Ruheständlern, mit schon einigen Ruhestandsjahren auf dem Rücken, zu Beginn unserer Arbeitstagung wieder einen Einblick in die vielseitige Arbeit unserer Verbandsleitung. Erfolgreich Einfluss zu nehmen auf die aktuelle Bildungs- und Schulpolitik in Baden-Württemberg erfordert – wie in früheren Jahrzehnten – das Bohren dicker Bretter.

Zudem wurde eine Resolution verabschiedet:

Die Landesseniorenvertretung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg forderte auf ihrer Jahrestagung am 2. Juni in Pforzheim im Namen aller Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in Deutschland einen

Inflationsausgleich

Deutschlands Versorgungsempfängerinnen und -empfänger fühlen sich von den Landes- und Bundesregierun-

gen im Stich gelassen. Bereits die Zahlung der sogenannten „Corona-Prämie“ im Frühjahr 2022 in Höhe von 1300 Euro, die nichts anderes war als ein Ausgleich für den Ausfall von 14 Monaten ohne Erhöhung der Versorgungsbezüge, wurde Deutschlands Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten bei einer schon damals bestehenden Inflationsrate von über 5 % verweigert. Nun werden die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger auch von der Zahlung des sogenannten Energieentlastungspaketes ausgeschlossen.

Warum verweigert die Bundesregierung den Rentnerinnen und Rentnern und den Versorgungsempfängerinnen und -empfängern die gedachte Einmalzahlung von 300 Euro?

Auch diese Personengruppe zahlt die Mehrkosten für Heizung und Strom. Die ältere Generation, die mehr als die Beschäftigten zu Hause verweilt, kann schlecht durch Drosselung Heizkosten sparen.

Die deutschen Supermärkte haben Anfang April 2022 die Preise für Lebensmittel teilweise um 30 bis 50 Prozent erhöht. Die Energiekosten sind signifikant gestiegen.

In aktuellen Lohnvereinbarungen werden – z. B. in der Chemie 1400 Euro – Inflationsausgleiche für die Beschäftigten gezahlt und dazu kommt noch der Nutzen des Energieentlastungspaketes von 300 Euro.

Deutschland hat die größte Preissteigerung seit vielen Jahren; die Inflationsrate beträgt derzeit über 7 Prozent und zeigt weiter nach oben.

Deshalb fordert die Landesseniorenvertretung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Baden-Württemberg einen Inflations- und Energieausgleich von mindestens 1500 Euro für das Jahr 2022.

Ekkehard Gabriel, Landesseniorensprecher

Landesbezirk Nordbaden



Bild links: die Teilnehmer am erweiterten Landesbezirksvorstand von Nordbaden.

Bild unten: Die Landesbezirksvorsitzende Andrea Friedrich bedankt sich bei dem aus dem Amt des Kreisvorsitzenden scheidenden Klaus Gramlich.

LBZ Nordbaden tagte endlich wieder in Präsenz

Erweiterter Landesbezirksvorstand in Walldorf

Die Landesbezirksvorsitzende Andrea Friedrich eröffnete die Sitzung am 17. Mai 2022 mit dem Dank für das hervorragende Wahlergebnis der vergangenen Wahlen des Landesbezirks, mit dem der Vorstand erneut im Amt bestätigt wurde. Dem Wahlausschuss Markus Kempke und Berthold Schwind wurde der besondere Dank für die Arbeit ausgesprochen.

Begrüßt und vorgestellt wurde Lena Eger, die neue Vorsitzende des Kreisverbandes Pforzheim. Mit einer Schweigeminute gewürdigt wurde noch einmal der Leiter des Referates Fachlehrkräfte Klaus Beigel, der im Januar leider im Alter von 51 Jahren verstorben ist. Es folgte der Rückblick auf die Arbeit im Landesbezirk während der letzten Monate. Viele Veranstaltungen konnten trotz der Pandemie in digitaler Form durchgeführt werden und wurden von Mitgliedern sehr gern angenommen. Michael Mercatoris und Andreas Baudisch berichteten von der Hauptvorstands-

sitzung sowie von der 50-Jahr-Feier des VBE. Als vorherrschendes bildungspolitisches Thema wurde der immer deutlicher werdende Lehrkräftemangel diskutiert. In der Beratung nimmt die immer stärker zu bemerkende Belastung der Lehrkräfte und Schulleitungen den größten Teil ein. Der Wunsch nach einer Teilzeitbeschäftigung, Sabbatjahren und einer frühzeitigen Beendigung des Dienstes wird in Beratungsgesprächen immer häufiger geäußert.

Wie immer räumte der Vorstand den Berichten über die Aktivitäten der Referate und Kreisverbände viel Raum und Aufmerksamkeit ein. Im September wird der Landesbezirk Nordbaden nach den pandemiebedingten Einschränkungen wieder einen Lehrerinnen- und Lehrertag durchführen. Thema des Fachtages wird der sehr aktuelle Themenkomplex „Zuwanderung, Sprache und Integration in der Schule“ sein. Im Rahmen der Sitzung wurde Klaus Gramlich aus seinem Amt

als Vorsitzender des Kreisverbandes Neckar-Odenwald-Kreis verabschiedet. Diese Verabschiedung hatte aufgrund der Pandemie immer wieder verschoben werden müssen. Sein Nachfolger ist Harald Ockenfels, der das Amt bereits seit zwei Jahren ausübt. Klaus Gramlich hatte den Kreisverband seit 2011 mit großem Engagement erfolgreich geführt und war viele Jahre Mitglied des ÖPR am Staatlichen Schulamt Mannheim und vor der Zusammenlegung der Schulämter Mannheim, Heidelberg und Mosbach bereits Personalrat am Schulamt Mosbach. Der Landesbezirksvorstand dankte Klaus Gramlich für die stets kompetente, sachliche und freundliche Zusammenarbeit und freut sich sehr, dass er weiterhin den Kreisverband Neckar-Odenwald-Kreis als Seniorenvertreter unterstützt.

Andrea Friedrich dankte im Schlusswort für die stets hervorragende Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden und Referaten im Landesbezirk Nordbaden.





Nordbadischer Lehrerinnen- und Lehrertag

28. September 2022

**Humboldt-Realschule
69214 Eppelheim**

Jetzt anmelden!

(bis 19. September 2022):

QR-Code scannen oder
über die VBE-Homepage:
www.vbe-bw.de



Ankommen und Bleiben

**Zuwanderung, Sprache und
Integration in der Schule**

Zuwanderung

Sprache

Integration



Ein Rückblick

Mittlerweile sind alle froh und erleichtert, dass die Pandemie augenblicklich keine ganz große Rolle mehr spielt und fast keine Beeinträchtigung des davor gewohnten Lehrens in der Schule mit sich bringt. Dennoch blicken wir heute noch einmal zurück in diese Zeit. Wir haben in der juristischen Abteilung im Regierungspräsidium Tübingen nachgefragt. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Werner Schenk (Abteilungsleiter / stellv. Abteilungsleiter, Leiter Referat 71 – Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten der Schulen, Angelegenheiten nach dem Landesdisziplinargesetz), der unsere Fragen beantwortet hat.

Landesbezirk Südwürttemberg: Welche juristischen Probleme ergaben sich am Regierungspräsidium Tübingen als Folge der Pandemie?

W. Schenk: Die Pandemie hat viele bekannte und auch neue Fragestellungen aufgeworfen, die Ihnen umfänglich bekannt sind: rechtliche Fragen im Zusammenhang, zum Beispiel Stornierungen von Klassenfahrten, Testverweigerung, Maskenverweigerung an Schulen, Schulbesuchspflicht, Vorlage ärztlicher Atteste, Durchführung von Fernlernunterricht, Zwangsgeld wegen Nichtbeachtung der Schulpflicht und, und, und. Die Fragen wurden uns von allen am Schulleben Beteiligten gestellt: Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen.

Landesbezirk Südwürttemberg: Wie reagierte das Regierungspräsidium auf diese Probleme? Gab es schriftliche Missbilligungen oder gar Disziplinarverfahren? Können bzw. dürfen Sie Zahlen nennen?

W. Schenk: Die Verwaltungsreferentinnen und -referenten haben jeden

Einzelfall intensiv geprüft und viele Schulleitungen intensiv begleitet und beraten. In Einzelfällen wurden auch weitergehende erforderliche Maßnahmen getroffen. Darunter waren auch Disziplinarfälle, über die wir keine Statistik führen.

Landesbezirk Südwürttemberg: Was passiert mit den sanktionierten Lehrkräften, wenn es keine Einschränkungen – bedingt durch die Pandemie – mehr gibt?

W. Schenk: Hier sehen wir keine andere Situation als vor der Pandemie.

Landesbezirk Südwürttemberg: Wie kamen Sie insgesamt mit der besonderen Situation zurecht? Was würden Sie sich für die Zukunft wünschen?

W. Schenk: Wir haben versucht, im Team die Fragen und Aufgaben, die von den Pädagoginnen und Pädagogen im Haus und von den Schulleitungen und Staatlichen Schulämtern sowie von Lehrkräften und Eltern an uns herangetragen wurden, möglichst rasch zu beantworten. Dabei standen wir in engem Austausch mit dem Kultusministerium und unseren Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Regierungspräsidien. So ist es uns hoffentlich gelungen, möglichst zeitnah die Fragen zu beantworten.



Anja Bartenschlager,
Vorsitzende
VBE Südwürttemberg



Alfred Vater, stellv.
Vorsitzender VBE
Südwürttemberg



Margit Malek,
Geschäftsführerin
VBE Südwürttemberg



Walter Beyer, stellv.
Landesvorsitzender
VBE Ba.-Wü.



Verband Bildung und Erziehung:
Ihr gewerkschaftlicher
Partner mit Weitblick

Hugo-Höfler-Realschule
Zum Kaiserstuhl 1
79206 Breisach

29. September 2022
9.00 – 15.15 Uhr



Südbadischer VBE Gesundheitstag

Vortrag

durch **Nicole Haut-Cavegn:**

FIRE ON statt BURN OUT

Workshops

1

Mini-Tankstellen im Alltag für
weniger Stress und mehr Energie

2

Mein Körper – mein Wächter.
Tanztherapie und Ausdrucksarbeit,
die das innere Verteidigungs-
programm stärkt

3

Was treibt mich – über ein gesundes
Maß hinaus – an?

4

Schlauer essen: Mit Genuss raus
aus der Stressfalle

5

Gespräche erfolgreich führen

6

Physyolates® das Beste aus
drei Welten für Lehrkräfte

Jetzt anmelden!

Unter Angabe Ihrer drei priorisierten Workshopwünsche
und der Information, ob Sie VBE-Mitglied sind, an:

Nadine.Possinger@vbe-bw.de



Marianne Markwardt
Referat Presse und
Öffentlichkeitsarbeit
VBE Südbaden



Nadine Possinger
Geschäftsführerin
VBE Südbaden



Nicole Bündtner-Meyer
Referat Realschule
VBE Südbaden



Bärbel Reismann
Beirätin
VBE Südbaden

Aus den Kreisverbänden

KV Albstadt

Kreisverband präsentiert sich zwei Tage am Seminar

Am 10.05.2022 und 18.5.2022 stellten der Vorsitzende Alfred Vater, die stellvertretende Vorsitzende Margit Malek und der Geschäftsführer Andreas Gronbach den Kreisverband am Seminar in Albstadt-Margrethausen vor. Am 18. wurden sie von der Junglehrervertreterin des Kreisverbandes Maren Haubner unterstützt. Während der Mittagspause konnten sich die Referendarinnen und Referendare am Stand informieren. Besonders erfreut zeigten sie sich über die Erfolge des VBE, wie z. B. die Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung oder A 10 für Fachlehrkräfte. Natürlich bedienten sich die Referendare auch an den ausgelegten VBE-Artikeln, vom Bleistift über verschiedene Blöcke, das Lehrerhandbuch, die Praxishelfer bis hin zum Regenschirm war alles vorhanden. Vor allem die Praxishelfer wurden stark nachgefragt. Einige der 65 Referendare und Referendarinnen entschieden sich, VBE-Mitglieder zu werden. Alle Anwesenden lobten den Seminarstandort aufgrund der sehr guten Ausbildungsqualität und der reizvollen Landschaft. *Alfred Vater*



Von links: Andreas Gronbach, Margit Malek, Alfred Vater

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden: Alfred.vater@vbe-bw.de

KV Hohenlohe/Franken

Familientag 2022

Der Schulalltag bot während Corona kaum Raum für persönliche Kontakte oder gar gemeinsame Verschnaufpausen. Umso wichtiger und schöner war es dann, als sich am 22. Mai 2022 etwa 23 Personen unseres Kreisverbandes zum Familientag im schönen Krautheim im Jagsttal treffen konnten. Vom einjährigen Benedikt Kurfeß bis zum 82-jährigen Robert Weniger war alles vertreten, um miteinander einen schönen Sonntag zu verbringen. Der erste Programmpunkt war die Wanderung hoch zur Burg Krautheim, deren bewegte Geschichte bis in das 12. Jahrhundert zurückgeht. Nach einer 90-minütigen Führung inklusive interessanter Informationen rund um die Hohenloher Geschichte und lustiger Fotosessions sowie einem waghalsigen Abstieg wurde im Schulgarten der Realschule Krautheim der Schwenkgrill angeheizt. Der Appetit war bei allen groß und so wurde in fröhlicher Stimmung und bei strahlendem Sonnenschein miteinander gegessen. Nach der langen Zwangspause ein absolut gelungener Sonntag!



Glückliche Gesichter bei einem gelungenen Sonnen-Sonntag

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Thomas Weniger: thomas.weniger@vbe-bw.de

Der Kreisverband Lörrach/Waldshut lädt ein: Führung durch den Klausenhof Freitag, 12. August 2022, 17.00 Uhr

geführt vom „echten“ Heidewiebli mit anschließendem Hotzenvesper

20 Euro für Nichtmitglieder (Eintritt, Vesper, Schnaps)
10 Euro für VBE-Mitglieder und einen Partner

Freuen wir uns auf eine Führung mit dem Heidewiebli. Historisch verbürgt ist es 1799 in Rickenbach geboren und war durch seinen urwüchsigen Humor und ein loses Mundwerk bekannt. Es war mit seiner qualmenden Tabakspfeife unterwegs, lebte in den Tag und kümmerte sich nicht um morgen. Wir erleben eine Führung durch den Klausenhof, eines der ältesten Häuser im Schwarzwald.

Anmeldung schnellstmöglich an Josef Klein:

vbe-klein@web.de

KV Karlsruhe

Werbewirksame Warnsignale – wird das, was lange währt, endlich gut?

Wichtige Anträge von gewerkschaftlicher Seite sind ja seit Jahren noch nicht umgesetzt, weswegen die großartige Gelegenheit genutzt werden sollte, auf die Alltagsbedenken von Lehrenden aufmerksam zu machen. Denn nach langer Abstinenz fand am 1. Juni in Karlsruhe endlich wieder einmal eine Personalversammlung statt – in ungewohnter Umgebung in einem altherwürdigen Sandsteingebäude. Der Vorstand mit Andrea Wieser, Giuseppe Pintaui und Peter Jock wurde von weiteren regionalen Verbandsmitgliedern massiv unterstützt, denn auf mehreren Schultern konnte die immense „Materialschlacht“ problemlos gestemmt werden – der Zusammenhalt im Raum Karlsruhe ist zurzeit eindrucksvoll, was sich auch zeigt, wenn es darum geht, in kürzester Zeit neue Anträge zu generieren. Nur wer viel fordert, kann auch etwas erreichen – und so war es ja schließlich auch bei der Veranstaltung Quintessenz, dass gute Bildung deutlich besserer Ressourcen bedarf. An unserem Stand ergaben sich wertvolle Begegnungen und sehr gute



Gespräche, und auch eigentlich zufällig anwesende Passanten blieben neugierig stehen. All dies gipfelte in der Aussage einer völlig unbeteiligten Frau: „Wenn Sie eine Partei wären, würde ich sie wählen.“ Es ist schön, wieder einmal in Präsenz zu erleben, dass wir vom VBE anscheinend doch einiges richtig machen! *Peter Jock*

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzende Andrea Wieser: andrea.wieser@vbe-bw.de

KV Mannheim

Führung im Marchivum am 22.06.2022

Eine kleine Gruppe von VBE-Mitgliedern besuchte das Marchivum in der Mannheimer Neckarstadt. Der stellv. Leiter Harald Stockert begrüßte die Anwesenden und stellte zunächst das Gebäude vor. Das Marchivum ist in einem Hochbunker untergebracht, der während des Zweiten Weltkrieges zwischen 1940 und 1943 gebaut wurde. Bis zu 7000 Menschen konnten darin Schutz finden. Nach dem Krieg wurde er bis 1966 als Wohnraum genutzt, damit Flüchtlinge und Menschen, deren Wohnungen zerbombt waren, ein Dach über dem Kopf hatten. Danach wurde der Hochbunker als Stauraum und Veranstaltungsort genutzt. 2013 beschloss die Stadt Mannheim, den Hochbunker als Stadtarchiv umzubauen. Im März 2018 wurde nach umfangreichen Sanierungsarbeiten das Marchivum eröffnet. Über 13 Regalkilometer Akten, Protokolle und Sammlungen von Vereinen, öffentlichen Stellen, Kirchen und Privatper-



sonen sind hier zu finden. Der VBE-Kreisvorsitzende Ulrich Diehl bedankte sich bei Harald Stockert für den gelungenen Einblick in das Marchivum.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Ulrich Diehl: ulrich.diehl@vbe-bw.de

Online-Veranstaltung „Schulrecht – was Sie immer schon einmal wissen wollten“

Realschulrektor Michael Mercatoris nahm sich zwei Stunden Zeit und führte die Teilnehmer/-innen gekonnt und informativ in die Themenbereiche Aufsichtspflicht, Datenschutz, Rechte und Pflichten eines Beamten und weitere Bereiche rund um die Schule ein. Nach jedem Themenabschnitt konnten die Teilnehmer Nachfragen aus dem aktuellen Schulalltag stellen. Der KV-Vorsitzende Ulrich Diehl bedankte sich bei Michael Mercatoris für die gelungene Veranstaltung und bei den Teilnehmern für ihre Fragen und betonte noch einmal, wie wichtig es ist, sich sicher im Paragrafendschlingel auszukennen, um als Lehrkraft sicher agieren zu können.



Michaels Mercatoris



Aus den Kreisverbänden

KV Ortenau

Mitgliederversammlung mit Neuwahlen

Im Mittelpunkt der gut besuchten Mitgliederversammlung standen die Neuwahlen des Vorstandes, Mitgliederehrungen und ein Vortrag des Vorsitzenden des VBE Südbaden Christoph Wolk zu schulpolitischen Themen. Seit der letzten Mitgliederversammlung vor vier Jahren sei in dieser Zeit trotz Corona-Pandemie beim VBE Ortenau einiges gelaufen, bilanzierte Vorsitzender Michael Mai (Steinach) in seinem Rechenschaftsbericht. Dazu zählten Beratungen von Kolleginnen und Kollegen, Gespräche mit den Landtagsabgeordneten des Ortenaukreises, Sandra Boser (Grüne) und Volker Schebesta (CDU), sowie Justizministerin Marion Gentges (CDU) für die Belange der Lehrkräfte. Hinzu kam die Organisation von Fortbildungen, die online angeboten wurden. Seit Januar 2022 finden wieder Präsenzveranstaltungen statt. Dank des großen ehrenamtlichen Engagements des Vorstands konnten bei der letzten Personalratswahl sechs Sitze bei den Beamten und zwei Sitze bei den Angestellten beim ÖPR Offenburg erreicht werden. Mit einem einstimmigen Votum für weitere fünf Jahre anerkannten die Mitglieder die hervorragende Arbeit des Vorstandes. Gewählt wurden Vorsitzender Michael Mai, stellv. Vorsitzende Ulrike Knopf, Geschäftsführerin Karin Zapf. Im Anschluss an die Wahlen konnte Vorsitzender Michael Mai zahlreiche Mitglieder für langjährige Mitgliedschaft im VBE ehren. Der Vorsitzende des VBE Südbaden Christoph Wolk (Freiburg) spannte den Bogen zwischen Jung und Alt, Schule und Bildungspolitik. Er monierte, dass sich mangels unattraktiver Bezahlung und personeller, administrativer Unterstützung kaum Bewerber für Funktionsstellen an Schulen finden lassen. Den derzeitigen Mangel an Lehrkräften führte er auf das „kurzfristigen Denken“ der Politik zurück.

Roman Vallendor



Das im Amt bestätigte Team des VBE Ortenau: Von links: Sabrina Schneider, Bärbel Guth, Klaus Schmidt, Franz Gieringer, Karin Zapf, Madlen Barbo, Ulrike Knopf, Stefan Abler, Teresa Guske, Christa Beyer, Raissa Rifai, Stefan Kaltenbach, Annette Ungureanu und Vorsitzender Michael Mai



Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden vom VBE-Vorsitzenden der Kreisverbands Ortenau, Michael Mai (links), Mitglieder für fünfzig und sechzig Jahre Treue geehrt (ab 2. von links): Karl Kopp (60 Jahre), Walter Haug (60), Manfred Weismann (60), Reinhard Becker (50).

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Michael Mai: Michael.G.Mai@t-online.de

KV Ulm/Alb-Donau und KV Biberach

Großes Interesse am VBE

Am Dienstag, dem 21.06.2022, konnten die Kreisverbände Biberach und Ulm/Alb-Donau endlich wieder einen Info-Stand in Präsenz am Seminar Laupheim anbieten. Die etwa 70 Anwärterinnen und Anwärter für das Grundschullehramt nahmen das Angebot eines Getränks gerne an. Sie konnten sich am umfangreichen Infostand des VBE dann selbst ein Bild machen und ihre Fragen im persönlichen Gespräch mit den aktiven VBElerinnen und VBElern klären (s. Bild). Gerne wurden auch die für den Schulalltag praktischen Give-away-Materialien angenommen. Die Mitglieder konnten bei der Gelegenheit gleich ihren Schuljahresplaner für das kommende Schuljahr mitnehmen. Von großem Interesse waren bei den Gesprächen die Unterschiede zu anderen Anbietern. Überzeugend fanden viele, dass sich der VBE für den Erhalt der Schularten einsetzt im Gegensatz zu der Position „eine Schule für alle“.



V. l.: Anja Bartenschlager (Vorsitzende KV Ulm/Alb-Donau), Michael Wekenmann (Beirat Fachgebiet Schulleitung KV Ulm/Alb-Donau), Ernst Vater (Vorsitzender KV Biberach), Rosemarie Mohr (stv. Vorsitzende KV Biberach)

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unseren Kreisverbänden haben, wenden Sie sich an die Kreisverbandsvorsitzenden: KV Biberach: ernst.vater@vbe-bw.de / KV Ulm/Alb-Donau: anja.bartenschlager@vbe-bw.de

KV Ostwürttemberg/Göppingen

Werdende Eltern – online informiert

Auch zur zweiten Online-Veranstaltung in diesem Halbjahr zum Thema „Eltern werden“ hatten sich viele Kolleginnen und Kollegen angemeldet. Nach der Begrüßung durch die Kreisvorsitzende Karin Jodl übergab sie das Wort an Isabell Blumenschein, die die werdenden Mütter und Väter über Rechtsgrundlagen, Abläufe, Schutzfristen und Beschäftigungsverbote während der Mutterschutzzeit informierte. Im zweiten Teil der Veranstaltung erklärte Thomas Frankenhauser die Rechte der Arbeitnehmer/-innen sowie der Beamtinnen und Beamten, wenn im Krankheitsfall das Kind zu Hause versorgt werden muss. Die finanziellen Aspekte rund um Elterngeld und Elterngeld plus wurden ebenfalls thematisiert. Zur Information können alle Teilnehmenden die VBE-Broschüre „Gut informiert 4“ anfordern.

Hurra – ich bin Kooperationskraft Kindergarten/Grundschule

Auf großes Interesse stieß im Mai diese Fortbildung, zu welcher der Kreisverband in die Grauleshofschule nach Aalen eingeladen hatte. Die Referentinnen Bettina Klaus-Einsiedel und Yvonne Studener, beide selbst als Kooperationslehrerinnen tätig, hatten mehrere Klassenzimmer für ihre Veranstaltung vorbereitet. Anhand einer PowerPoint-Präsentation wurden die Teilnehmer/-innen aus Grundschulen und Kindergärten über die rechtlichen Grundlagen der Kooperation Kindergarten/Grundschule informiert und erhielten Tipps für die Arbeit mit den zukünftigen Grundschulern und ihren Eltern/Erziehungsberechtigten. Nach einem regen Austausch der Anwesenden stellten die Referentinnen ihre selbst erdachten und liebevoll entworfenen „Lerntabletts“ zur Förderung der Kindergartenkinder vor. Das sind gewöhnliche Serviertabletts, auf denen dazu sehr motivationsreiche Lernmaterialien zu Deutsch-, Mathematik- und Sachkundethemen arrangiert werden. Anschließend ging es ans eigene Anfertigen dieser

Genusswanderung für Leib und Seele

Im Frühjahr waren die Kreisverbandsmitglieder zu einer Wanderung im romantischen Roggental eingeladen. Am Parkplatz Mordloch fuhr dann auch ein Pkw nach dem anderen vor. Das Mordloch ist die viertgrößte Höhle Baden-Württembergs mit einer Länge von 4382 Metern. Nach einigen Worten zur Geschichte der Höhle durch den Seniorenvertreter Erwin Huttenlau startete eine fröhliche Wandergruppe zu ihrem Weg durch das frische Grün der Wälder und Wiesen. Dazwischen schimmerte immer wieder das Weiß von Bärlauch- und Waldmeisterblüten, die auch die Luft mit ihrem intensiven Duft erfüllten. Schattige und sonnige Wegstrecken wechselten sich ab, bis die Wandergruppe an der „Oberen Roggenmühle“ zum gemütlichen Ausklang eintraf. Viele Angebote zu frischen Fischgerichten machten dort die Essensauswahl schwer. Doch jeder fand etwas Leckeres, das ihm kurz darauf dann auch köstlich mundete. Froh



Thomas Frankenhauser



Isabell Blumenschein

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen haben möchten, wenden Sie sich an die Kreisvorsitzende Karin Jodl: karin.jodl@vbe-bw.de



Wiederholung erwünscht: Gelungene Informationsveranstaltung für Kooperationskräfte Kiga/Grundschule

Tabletts. In den verschiedenen Klassenzimmern konnte gegen einen Unkostenbeitrag alles Material zusammengestellt, foliert, geschnitten, gefädelt, sortiert und geklebt werden. Alle waren begeistert und hofften, dass diese Fortbildung noch einmal angeboten wird, damit andere Kooperationskräfte auch davon profitieren können.



Genusswandern bei idealen Wetterbedingungen

über dieses Wiedersehen nach längerer Zeit verabredeten sich alle zu einer weiteren Wanderung im frühen Herbst. *Gabriele Tetzner*

Aus den Kreisverbänden

KV Rhein-Neckar/Heidelberg

Erste Hilfe bei Kindernotfällen

... so war das Motto bei einem Erste-Hilfe-Auffrischkurs des Kreisverbandes, der am 1.6.2022 an der Waldschule in Walldorf stattfand und an dem zahlreiche Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Dem Referenten, Fritz Häffner, Rettungshelfer der Malteser, gelang es mit seiner langjährigen Erfahrung auch im Schulbereich und mit seiner humorvollen Art, den Teilnehmenden die Angst zu nehmen, bei Notfällen etwas verkehrt zu machen. Handeln – spontan, ruhig und dem gesunden Menschenverstand folgend – führt in der Regel zum erfolgreichen Versorgen. So waren am Ende der Veranstaltung alle reich bepackt mit Tipps zum Umgang mit Strukturen zum allgemeinen Vorgehen, notwendigen Sofortmaßnahmen, aber auch Spezialfällen wie Asthma, Beinahe-Ertrinken, Durchfall/Erbrechen, Fremdkörpern im Auge, Gewalteinwirkung auf den Kopf, Insektenstichen, Krampfanfällen, plötzlichem Kindstod, Vergiftungen, Knochen- und Gelenkverletzungen, Verschlucken von Fremdkörpern, Blu-



tungen und vielem mehr. Zur Vertiefung erhielten alle Teilnehmenden noch eine Broschüre der Malteser mit dem Titel „So kleine Menschen, so große Not“. Falls entsprechender Bedarf gemeldet wird, würde der VBE-KV Rhein-Neckar-Kreis die Veranstaltung gerne noch einmal anbieten.

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich an den Kreisverbandsvorsitzenden Andreas Erle: andreas.erle@vbe-bw.de

KV Rottweil/Villingen-Schwenningen

Mitgliederversammlung – Marianne Markwardt folgt auf Bärbel Reismann

Marianne Markwardt ist die neue Vorsitzende des Kreisverbandes und löst damit Bärbel Reismann ab. „Den Kreisvorsitz zu übernehmen war für mich ein Sprung ins kalte Wasser“, beschrieb Bärbel Reismann die Situation bei ihrer damaligen Übernahme des Kreisvorsitzes in ihrer „Abschiedsrede“. Mit viel Emotion, Empathie und dem Bekenntnis, „dass meine Entscheidung vor 13 Jahren, das Amt der Kreisvorsitzenden anzunehmen, die richtige war, denn hinter mir liegt, neben meiner Tätigkeit als Lehrerin und Personalrätin, eine sehr erfüllte und bereichernde Zeit, die ich auf keinen Fall missen möchte“. Ihr Abriss über die so umfangreiche Tätigkeit des Verbandes in den zurückliegenden Jahren ließ die große Leistung und den so umfangreichen Einsatz von Bärbel Reismann deutlich werden. Mit der Pensionierung von Bärbel Reismann vor knapp einem Jahr übernahm Marianne Markwardt das Amt des Kreisvorsitzes kommissarisch, das sie nach den nunmehr stattgefundenen Neuwahlen jetzt auch offiziell innehat. An diesem Abend galt es für sie erst einmal, ihre Vorgängerin zusammen mit Uli Griesser zu ehren. Meinrad Seebacher, Geschäftsführer des VBE-Landesbezirks Südbaden, zeichnete bei seinem kompakten, umfassenden Überblick über die bildungspolitische Situation im Land ein – vorsichtig formuliert – eher durchwachsenes Bild: zu wenige Lehrkräfte in allen Schularten, vor allem im Grundschulbereich und in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit steigender Tendenz, die ungleiche Bezahlung des Lehrkörpers, eine schwieriger werdende Situation in den Schulen sind nur wenige Beispiele für sein Fazit: „Das Glas ist bei der Belastung voll. Es darf nichts mehr reingeschüttet werden.“ Dem neu gewählten VBE-Kreisverband wird demzufolge die Arbeit nicht ausgehen. So stehen



Mit herzlichen Worten des Dankes für ihr großartiges und langjähriges Wirken bedanken sich der stellvertretende Kreisvorsitzende Uli Griesser und ihre Nachfolgerin Marianne Markwardt bei der scheidenden VBE-Kreisvorsitzenden Bärbel Reismann.

der Vorsitzenden Marianne Markwardt der wiedergewählte stellv. Vorsitzende Uli Griesser und die ebenfalls wiedergewählte Geschäftsführerin Ulrike Denzel zur Seite. Eine denkwürdige Mitgliederversammlung, die geprägt war von Wehmut durch den Abschied nach einer außerordentlich langen und erfolgreichen Periode, genauso aber von dem Dank und einer Aufbruchstimmung in einer Zeit, die weitere und vielleicht sogar noch mehr herausfordernde Aufgaben mit sich bringen wird! Robert King

Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit in unserem Kreisverband haben oder weitere Informationen haben möchten, wenden Sie sich an die Kreisvorsitzende Marianne Markwardt: marianne.markwardt@vbe-bw.de

Respektlos? Realität rarer Ressourcen



Und die Jahre ziehen ins Land, und wir verwalten den Mangel immer noch ohne Verstand.

Wer wie wir Pädagogen mit Menschen arbeitet, der weiß, welche wichtige Rolle der Faktor Zeit im täglichen Umgang miteinander spielt. So verhält es sich in sämtlichen sozialen Berufen, nicht zuletzt Pflegekräfte prangern ja schon seit geraumer Zeit den Missstand an, ihrer Aufgabe kaum noch gerecht werden zu können, ohne Schutzbefohlene zu vernachlässigen – und während der Pandemie erlebte diese Berufsgruppe ungewöhnte Aufmerksamkeit und Applaus – sowie gelegentliche Sonderzahlungen, welche jedoch das zentrale Problem nicht lösen konnten: Ressourcenmangel.

Derzeit vergeht zudem kaum ein Tag, ohne dass medial auf den Mangel an Fachkräften in Deutschland hingewiesen wird. Mangelhaft ist darüber hinaus schon seit ziemlich langer Zeit auch der Versorgungs- und Betreuungs- „Schlüssel“ in vielen Berufen, in denen direkt mit hilfsbedürftigen Menschen oder Heranwachsenden gearbeitet wird: Ob man nun die Zeit sieht, die zur Verfügung steht, um einen kranken

oder alten Menschen zu pflegen, oder auch den Klassenteiler in Schulen, die minderwertige Versorgung der Regelschulen im Bereich Inklusion, erst recht ein seit langer Zeit komplett fehlendes Reservoir im Lehrkräftebereich (knapp 100 statt 106 %)! Angesichts additiver Aufgaben, die in den letzten Jahren an Schulen herangetragen wurden, mutet es umso dramatischer an, dass der Lehrkräfteausfall längst nicht einmal mehr ansatzweise geschultert werden kann – außer an den Schulen selbst durch viel Kreativität. Dies geht zulasten der Gesundheit der Betroffenen, die zum Teil aus großem Idealismus heraus den „Laden am Laufen halten“.

Die Herausforderungen steigen stetig, zuletzt war es die Vielzahl an ukrainischen Kindern, welche in die Schulen strömen und dort versorgt werden sollen, unabhängig davon, ob Lehrkräfte für Vorbereitungsklassen zur Verfügung stehen – eine zutiefst unbefriedigende Situation. Man stelle sich nun einmal vor, man arbeitet als Lehrkraft bereits im sozialen Brennpunkt, irgendwann läuft der Topf über, wenn man ständig auf hoher Flamme kocht ohne echte Entlastung, und wer an der Basis arbeitet, dem ist bewusst, wie es sich

auswirkt, wenn eine Klassenlehrerin/ ein Klassenlehrer auf lange Zeit ausfällt oder gar mehrere Personen. Es ist ein Spagat und ein immenses Dilemma, den Schülerinnen und Schülern mit ganzer Kraft gerecht werden zu wollen angesichts sich übelst zuspitzender Arbeitsbedingungen.

Ressourcen sind also ein rares Gut und Besserung ist nicht in Sicht, wer befreit uns aus der Miserespirale? Leider scheint das Bewusstsein für die aktuelle und hoch belastende Arbeitsrealität noch nicht auf allen Ebenen angekommen zu sein. Nichts wäre elementarer als Entlastung, und wenn Personal nicht in Sicht ist, wäre es umso wichtiger, auf jedwede nicht dringend notwendige Bürokratie zu verzichten, wenn irgend möglich.

Das ist eine Frage des Respekts.



Peter Jock
Geschäftsführer des
VBE-Kreisverbands
Karlsruhe



Wir setzen uns für Sie ein!

Der VBE gratuliert Peter Skobowsky zum 80. Geburtstag

Mitte Juni durfte Peter Skobowsky, Rektor im Ruhestand, seinen 80. Geburtstag feiern. Der VBE Baden-Württemberg gratuliert ganz herzlich und wünscht dem Jubilar gesundheitliche Stabilität und Gottes Segen.

Jahrzehntelang arbeitete Peter Skobowsky ehrenamtlich für den Verband Bildung und Erziehung (VBE). Als stellvertretender Landesvorsitzender war er in der Verbandsleitung tätig. Mit Umsicht und Sachverstand leitete er viele Jahre das Landesreferat „Schule und Kirchen“ und veröffentlichte in dieser Eigenschaft regelmäßig im VBE-Magazin (damals: „Informationen für Erzieher – lfe“) gehaltvolle und lesenswerte Stellungnahmen. Auf Bundesebene arbeitete er lange Zeit im gleichnamigen Referat mit. Als Personalrat am Staatlichen Schulamt Waiblingen vertrat Peter Skobowsky mit hohem Engagement, Geradlinigkeit



und großer Sachkenntnis die Interessen der Beschäftigten – über viele, viele Jahre hinweg.

Kollegen von der anderen „Fraktion“ der Mitbewerber um die Gunst der Lehrerschaft fürchteten bei Debatten Peter Skobowskys geschliffene Formu-

lierungen, die druckreifen Sätze aus dem Stegreif; seine „Fans“ bewunderten sein analytisches Denken und den klaren Sachverstand. Manche erschreckten vor seiner Prinzipientreue und Beharrlichkeit, die in den Augen des politischen Gegners natürlich Sturheit war. Aber alle lobten seine Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. Der Mann hatte Grundsätze, und die vertrat der Pädagoge unmissverständlich und mit Rückgrat, auch gegen Mehrheiten, auch gegen Widerstände – selbst gegen die in den eigenen Reihen.

In seinem Kreisverband Rems-Murr war er sich aber auch nicht zu schade für die „niederen Arbeiten“, wenn es darum ging, VBE-Prospekte für Personalratswahlen einzutüten, Standbetreuung bei Veranstaltungen zu leisten oder Anträge zu formulieren.

Peter Skobowsky war während seiner aktiven Lehrerzeit für viele Pädagogen ein echtes Vorbild.

*Michael Gornolzig
VBE-Pressesprecher*

Veranstaltungen der VBE-Kreisverbände

Wer?	Wann?	Wo?	Was?
Landesbezirk Südwestfalen	23.09.2022 Freitag 14.30 Uhr	Seminar Albstadt Burgfelder Steige 5 72459 Albstadt	Crashkurs Schul- und Beamtenrecht. Zur optimalen Prüfungsvorbereitung in den wichtigsten Bereichen des Schul- und Beamtenrechts, für alle Referendarinnen und Referendare. Anmeldung an: alfred.vater@vbe-bw.de
KV Ortenau	06.10.2022 Donnerstag 15.00 Uhr	Fußballanlage Neuried-Dundenheim	Die Trendsportart Fußballgolf. Ziel ist es, einen Fußball mit möglichst wenigen Schussversuchen durch verschiedene Hindernisse in ein Bodenloch zu spielen. Anmelden bis 15.09.22 bei: stefanabler@gmx.de
KV Ortenau	06.10.2022 Donnerstag 16.00 Uhr	Gasthof Rebstock Münchweiler	Spaziergang und Einkehr. Nach einem Spaziergang in Münchweiler kehren wir zum Stammtisch im Rebstock in Münchweiler ein. Anmelden bei Franz-J. Gieringer: 07824-21223 oder Karl Kopp: 7761-8866019
Landesbezirk Südwestfalen	07.10.2022 Freitag 14.30 Uhr	Seminar Reutlingen Pestalozzistraße 53 72762 Reutlingen	Crashkurs Schul- und Beamtenrecht. Zur optimalen Prüfungsvorbereitung in den wichtigsten Bereichen des Schul- und Beamtenrechts, für alle Referendar/-innen. Anmeldung an: anja.bartenschlager@vbe-bw.de



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband
Baden-Württemberg e. V.

Anmeldung und Information bei:

Anne Jung
Referentin Fortbildung und Medien
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart
E-Mail: anne.jung@vbe-bw.de
Telefon: 0711 229314-75

Fortbildungen des VBE Baden-Württemberg



Live-Online-Seminar in drei Modulen: Gespräche führen – leicht statt schwierig: lösungsorientiert und erfolgreich

Wie können wir Gespräche mit Kindern und Jugendlichen, Eltern, Kolleginnen und Kollegen oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestalten, dass sie für alle Beteiligten wertschätzend und gewinnbringend sind? Wie spiegelt sich eine rahmenga- bende und wertschätzende Grundhaltung des lösungsorien- tierten Ansatzes in der Gesprächsführung wider? Welche vor-

bereitenden Überlegungen und strukturellen Aspekte zur Rahmengestaltung können für gelingende Gespräche hilfreich sein? Wie könnte Struktur und Sicherheit für unsere Gesprächskompetenz durch einen möglichen roten Faden entstehen? Neben kleinen Inputs zum Thema werden Sie, trotz des digitalen Formats, viele Gelegenheiten zum Üben in klei- nen Gruppen bekommen.

Termine: Modul 1: Mittwoch, 19. Oktober 2022, 14:00–17:00 Uhr

Modul 2: Mittwoch, 9. November 2022, 14:00–17:00 Uhr

Modul 3: Mittwoch, 7. Dezember 2022, 14:00–17:00 Uhr



Das Early-Excellence-Konzept (EEC) am Beispiel des Kinder- und Familienzentrums St. Josef in Stuttgart

Early Excellence ist ein pädagogisches Konzept, welches in England entwickelt wurde. Seit 2007 setzt das Kinder- und Familienzentrum St. Josef (Stuttgart) den Orientierungsplan des Landes Baden-Württemberg nach dem Early-Excellence-Ansatz um. Folgende drei Annahmen liegen dem Konzept zugrunde: 1. Jedes Kind ist exzellent. 2. Die Eltern sind die ersten Erzieher und von daher Experten für ihr Kind. 3. Die Kita wird zu einem

integrierten Zentrum für Kinder und ihre Familien.

Termin: Freitag, 21. Okt., 8:30–18:00 Uhr, und Samstag, 22. Okt., 9:00–15:30 Uhr



Gesundheit und Achtsamkeit – lösungsorientierter Umgang im Blick auf mich selbst (LOUiS)

Sich im Alltag für Gelungenes selbst loben? Mit Abstand einen Blick auf das eigene Tun richten? – Wann und wie gelingt uns dies? Über die Grundhaltung und Zugänge aus dem lösungsori- entierten Denken und Handeln nach Steve de Shazer und Insoo Kim Berg wollen wir den Fokus auf diese Fragen richten. Reflexi- onsmethoden in Verbindung mit Zeit für sich selbst sollen genutzt werden, um einen Blick von außen auf die aktuelle Arbeits- und Lebenssituation zu richten. Hierbei sollen sowohl Entspannungstechniken als auch Methoden zur Bewältigung von Stress zur Anwendung kommen. Über den Blick auf den eigenen Alltag können kleine Schritte für den Umgang mit belastenden Situationen erarbeitet werden.

Termin: Donnerstag, 24. Nov., 9:30–18:00 Uhr,

und Freitag, 25. Nov., 9:00–15:30 Uhr

**Weitere Informationen und Anmeldung zu allen
Veranstaltungen unter: www.vbe-bw.de/veranstaltungen/**

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
LV Baden-Württemberg
Heilbronner Straße 41 • 70191 Stuttgart
E-Mail: vbe@vbe-bw.de



Es war ein solcher Vormittag

*Es war ein solcher Vormittag,
wo man die Fische singen hörte;
kein Lüftchen lief, kein Stimmchen störte,
kein Wellchen wölbte sich zum Schlag.*

*Nur sie, die Fische, brachen leis
der weit und breiten Stille Siegel
und sangen millionenweis'
dicht unter dem durchsonnten Spiegel.*

Christian Morgenstern (1871–1914)